ALHAMBRA

Zeitung und Programm Juni 1977

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Dokumentation: 1 Mai 3

Pfingsttreffen des Kameradenkreises der Gebirgstruppe in Mittenwald 4

Militante Modernisierung 5

Der Charme des Widerstandes 10

Eric 14

Ladendiebstahl... 17

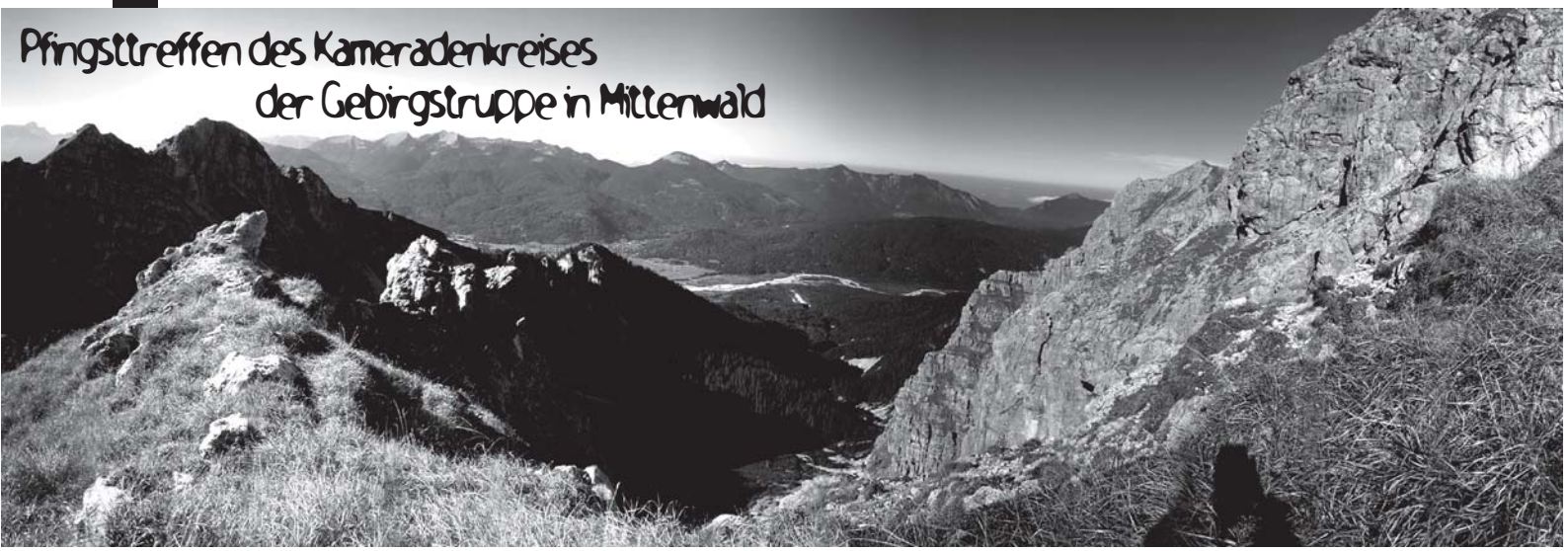
Dokumentation: Offener Brief 20 + Entscheidung des Presserates 21

Dokumentation: Wagentage Redebeitrag 22

Subklub im Juni 23

"DOKUMENTATION 1.Mai.

Pfingsttreffen des Kameradenkreises der Gebirgstruppe in Mittenwald



Bei dem diesjährigen Treffen der Gebirgsjäger in Mittenwald hielt der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt, Mitglied der CSU und des „Kameradenkreises der Gebirgsjäger“, die zentrale Rede zum fünfzigsten Jubiläum des Kriegsdenkmal bei Mitten-wald. Die Bundeswehr hatte das Kriegsverbrecher-Treffen mit der Abstellung von 71 Soldaten unterstützt.
Unter den mindestens 1500 Feiernden waren zahlreiche nicht verurteilte Kriegsverbrecher aus der 1. Gebirgsdivision, die die Massaker u.a. in Komeno und Kephallonia zu ver-antworten haben.
Anwesend war auch Josef Scheungraber, der in Italien wegen 14-fachen Mordes in Falzano zu lebens-langer Haft verurteilte Kriegsverbrecher. Scheungraber ist als Befehlshaber für die grausame Ermordung von 14 Menschen im Juni 1944 in dem toskan-ischen Dorf Falzano bei Arezzo ver-antwortlich. Das italienische Militär-gericht in La Spezia hat ihn Ende September 2006 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt.
Seine Einheit hatte als „Vergeltung“ gegen Partisanenangriffe 15 Zivilisten in ein Bauerhaus gesperrt und es ge-sprengt. Alle im Haus bis auf einen 15jährigen Jungen starben.
Stephan Stracke vom AK Angreifbare Traditionspflege:
„Es ist ein Skandal. Trotz der Verurteilung lebt das CSU-Mitglied Josef Scheun-graber, 2005 dekoriert mit der Otto-brunner Bürgermedaille, von der Justiz unbehelligt in Ottobrunn.“
Ebenfalls bei der Feier am Hohen Brendten waren Veteranen der faschistischen Mussolini-Division Monterosa und die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger".

Während des Feldgottesdienstes entrollten AntifaschistInnen Transparente u.a. mit der Aufschrift: „Keine Ruhe für NS-Täter“ und riefen Parolen gegen das militaristische Treiben.
Die AntifaschistInnen wurden rabiat von den bayerischen Polizeitruppen des USK festgenommen und in Polizeigewahrsam demütigenden Leibesvisitationen unterzogen.
Die Teilnahme von Christian Schmidt als hochrangiger Vertreter des Verteidigungsministeriums ist ein Affront für die Angehörigen der ermordeten italienischen Soldaten von Kephallonia.
Marcella De Negri, Tochter des auf Kephallonia ermordeten Hauptmanns Cap. Francesco De Negri, zeigte sich auf der Gegenkundgebung am Samstag entsetzt über die Teilnahme der Bundeswehr an der Veranstaltung der Mörder ihres Vaters. Sie setzte sich erneut für die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Otmar Mühlhauser in München ein.

Die Bundeswehr hatte im Vorfeld eine Gedenkkundgebung an die Opfer des Nationalsozialismus verhindert. Der Arbeitskreis Distomo war daher bis vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Lars Reissmann vom AK Distomo zur BVerfG-Beschluss: „Das BVerfG setzte sich mit Versammlungsrecht bewusst nicht auseinander, um die Gedenkkundgebung auf ein Parkplatzproblem zu reduzieren und zu Gunsten der ‚Selbsthilfeorganisation von Kriegsverbrechern’ zu entscheiden. Das ist ein Schlag ins Gesicht der NS-Opfer. Für eine so ‚kriegswichtige’ Veranstaltung ist die Allianz aus Wehrmachtssoldaten und Bundeswehr wichtiger als das De-monstrationsrecht.“

Am Freitag wurde in Ottobrunn und Dillingen, den Wohnorten von Josef Scheungraber und Otto Mühlhauser, gegen Straflosigkeit dieser beiden Kriegsverbrecher demonstriert.

Am Pfingstsamstag hatte der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN eine Veranstaltung mit Marcella und Enzo De Negri und Paola Fioretti, die Kinder von auf Kephallonia durch Ge-birgstruppen ermordeten italienischen Soldaten, mit dem griechischen Partisanen Nikos Fokas und dem österreichischen Wehrmachtsdeserteur Richard Wadani organisiert.

Am Nachmittag wurde die Erinnerungspolitik in Bezug auf die NS-Verbrechen und aktuelle Militäreinsätze der Bundeswehr diskutiert.
Es kam zu einer Spontankundgebung vor dem Lokal, in dem die Gebirgsjäger ihren Kameradschaftsabend abhielten. Auf einer Dauerkundgebung wurden die ganze Nacht zum Gedenken etwa tausend Namen von Opfern der Gebirgsjägermassaker auf Kephallonia, in Kommeno und Lyngiades verlesen.
In der Nacht wurden 3 Männer aus Garmisch und aus dem Landkreis Landsberg von der Polizei festge-nommen. Eine scharfe Waffe, Kal. 7,65 und zwei Schießkugelschreiber und mehrere Messer wurden sichergestellt. Die drei Personen gaben an, so der Polizeibericht, sie hätten sich ent-schlossen, das Ehrenmal zu schützen.

Am Sonntag prägte wieder der Protest gegen den reaktionären Mummenschanz auf dem Hohen Brendten den Garnison- und Touristenstandort Mittenwald.
An der abschließenden Demonstration beteiligten sich 350 Menschen. Ausrufe am Rande der Demonstration hatten wie in den Vorjahren diffamierenden und faschistischen Inhalt. Doch nach fünf Jahren des Protests bröckelt in Mitten-wald der Konsens, Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Selbst der Kameraden-kreis kann nicht mehr ganz umhin, die Kriegsverbrechen der Gebirgstruppen einzuräumen.

Mittenwald, 27. Mai 2007

AK Angreifbare Traditionspflege
www. mittenwald.blogsport.de

MILITANTE MODERNISIERUNG

WARUM GIPFELSTÜRMERINNEN KEINE KRITIKERINNEN DES KAPITALISMUS WAREN, SIND, WERDEN SEIN

Die Antiglobalisierungsbewegung macht kurz vor dem G8-Gipfel in Deutschland wieder von sich reden. Während die integrativen Protagonistinnen der letzten Jahre vor allem Gruppierungen wie Attac waren, gegen die sich in der radikaleren Linken die Einsicht durchsetzte, sie seien reformistisch[1] und deren Popularität spätestens nach Evian wieder verfiel, gehört das Mitmachen in derselben Mission erneut zum Pflichtprogramm. Die wenigsten Antifagruppen lasses es sich nehmen, zu den »Gipfelstürmern« zu gehören — doch trotz der augenscheinlichen Relevanz des Themas für die Linke sind die wenigsten Textbeiträge im Vorfeld kritisch ausgefallen, weder gegen den Charakter der eigenen Mobilisierung, noch hinsichtlich ihres Gegenstandes, »Globalisierung«[2]. Im Gegenteil scheint der »revolutionäre Antifaschismus« posthum durch Postautonome und Postantifas wahr gemacht: eine linksradikale Bewegung als Hebel für »Systemkritik«, die als der Versuch der Massenmobilisierung gegen den G8-Gipfel ausfällt und den politischen Standpunkt der Anwenderinnen des Hebels und damit den Gehalt des zu Vermittelnden offen lässt. Die regressiven bis reaktionären Positionen in der Bewegung sind unter diesen Bedingungen nicht randständig, sondern dominant, weil die Fehler der »Systemkritik« der Globalisierungsgegnerinnen selbst systematisch sind: die Verwechslung von Kritik und Taktik.

Kurzer Problemabriss: linke Praxis

Spätestens mit Genua geriet »G8« zum Kristallisationspunkt linker Bewegungen, was zur Neu- oder stärkeren Besetzung von Themenfeldern neben dem Antifaschismus führte. Interessant ist dabei die Frage, warum gerade einigen G8-Mobilisierungen Massencharakter zukam/ zukommt bzw. warum ihnen nicht nur die langfristige, sondern in einigen Spektren auch ungeteilte Aufmerksamkeit gilt. M.E. liegt der Grund in einer inhaltlichen Verschiebung und Neuterminisierung linker Debatten in den vergangenen Jahren. Diese Verschiebung lässt sich anhand dreier Punkte charakterisieren, die typisch für (akademisch-) linke Analyse und daran anknüpfende Politikoptionen geworden sind: Erstens die (subjektiv) empfundene Veränderung des Kapitalismus im Sinne einer »tief greifende Verunsicherung des alltäglichen Überlebens und der individualisierenden Zersplitterung aller sozialen Zusammenhänge«[3], also die Frage nach der Bewegungsrichtung kapitalistischer Krisen, politischer Krisenreaktionen und der Wirkung auf Individuen. Zweitens das Auffinden eines globalen Prekariats, also einer produzierten und nicht mehr produzierenden, disponiblen Unterschicht, die das Proletariat als Klasse ablöst und analytisch den marxistischen Klassenbegriff zugunsten eines empirischen durchstreicht. Drittens die Möglichkeit einer linken Intervention durch die Einforderung sozialer Rechte im Rahmen und unter Anpassung an laufende Diskurse.

Ein genereller Widerspruch ergibt sich, da auf einer normativen Ebene die generelle Politikfähigkeit und universale — im besten Falle: kommunistische — Perspektive betont, auf einer deskriptiven Ebene aber auf ein dicho-tomes, simplifizierendes Analyseraster rekurriert wird. Dadurch nämlich, sich auflaufende Diskurse einlassen zu wollen, wird die eigene Diskursfähigkeit, die immer eine inhaltliche Anschlussfähigkeit voraussetzt, zum Politikzweck. Zu haben ist diese nur um den Preis einer Rekupemtion eigener Anliegen in den Rahmen des Gegebenen, also gerade unter Verzicht auf ein kommunistisches Programm. Unter diesem Ansatz betrachtet wird das Event »G8« für Linke interessant als die greifbare Realpolitik der größten Industriestaaten in ihrer Sinnbildhaftigkeit eines sich verschärfenden Kapitalismus, der eine allseitige Betroffenheit durch Ökonomie- und Politikfolgen bedeutet und damit die Möglichkeit der Einmischung in bürgerliche Diskussionen um »soziale Gerechtigkeit« eröffnet.

Damit werden unwillkürlich eine antiimperialistische Weltsicht und ihr internationalistisches Gegenideal aktualisiert, die den Aufbau einer einfachen Frontstellungen — globales Prekariat versus G8-Staaten und Industrieelite (wobei hier eine anlassbezogene Austauschbarkeit besteht) — erlaubt. Die linke Politik, bei der es »um alles« geht, erschöpft sich faktisch in der Behauptung dieser Dualität. Dass die Wahl des Subjekts solcher Bewegungen auf das Prekariat als ein inkohärentes Großsubjekt fällt, ist folgerichtig, denn es konstituiert sich nicht über ein gemeinsames (materielles) Interesse, sondern negativ über die behauptete Nichtidentität mit dem Akteurskreis von Kapitalismus bzw. Globalisierung. Anders wäre schlechterdings ein so vorbehaltloser positiver Bezug auf alle erdenklichen sozialen Kämpfe und Bewegungen — und zwar ungeachtet ihres tatsächlichen Inhaltes, immer aber unter Betonung des »sozialen« und damit per se emanzipa-torischen Elements selbst in nationalistischen Bewegungen »von Nepal über Indien, Kolumbien und den Philippinen bis Mexiko«[4] — gar nicht denkbar.

Ein Beispiel für das Gelingen dieser schlechten Synthese ist die Antifaschistische Linke Berlin (ALB), diezurLL(L)-Demo im Januar 2007 unter dem Motto »Fight the players, fight the game« mobilisierte. Durch die Identifizierung ausgewählter Akteure mit »dem Spiel« wird die Komplexität zu leistender Gesellschaftskritik auf die Benennung vermeintlich Verantwortlicher reduziert und dahinter die eigene Rolle als Warensubjekt (und damit Re-

Produzent des Kapitalismus) vergessen; man objektiviert sich schon ideell gegen den Kapitalismus und seine Zumutungen und trägt so zur Bildung desjenigen Subjekts bei, das sich der Abstraktheit gesellschaftlicher Herrschaft und der universalen Geltung der Kategorien von Ware und Wert gar nicht erst bewusst wird. Der Versuch, Politikfähigkeit zu erlangen, erfüllt sich für Gruppen wie die ALB darin, für dieselben Produktionsbedingungen andere Distributionsverhältnisse durch eine andere politische (staatliche) Betreuung zu fordern — ein Mitmachangebot an diejenige Masse, die den besseren Kapitalismus will.

Was ist was: Globalisierung

Stillschweigend vorausgesetzt wird in allen erdenklichen Aufrufen das Zutreffen eines bestimmten Begriffs von Globalisierung: »Seit 1989 hat die weltwirtschaftliche Verflechtung wesentlich zugenommen, wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten von Nationalstaaten haben ganz entscheidend abgenommen, transnationale Formen von Staatlichkeit (z.B. WTO, NATO, IWF) sind wesentlich bedeutender geworden.«[5] Trotz der inflationären Verwendung des Begriffs als ein bedeutungsschwangerer analytischer handelt es sich um eine betont zurückhaltende Formulierung. Weil sie nicht rückbezogen wird auf die Gesellschaft, in der sie stattfindet, leidet »Globalisierung« an einem ungeklärten Verhältnis zum Kapitalimus. In vielen Texten und Aufrufen wird folgerichtig auf eine Explikation dessen, wovon geschrieben wird, verzichtet; ein Reader des DISSENT-Netzwfks vom Sommer 2006, der »Einblicke in das Innenleben einer Mobilisierung« verspricht, kommt auf fast 100 Seiten nicht ein Mal auf eine Bestimmung des Begriffs zu sprechen, der über die abstrakte Bedeutung hinausreicht, bei der es auch die Interventionistische Linke (IL) in einer ihrer »Massenzeitungen« belässt: »Kapitalistische Globalisierung bedeutet nichts anderes als Fragmentierung und soziale Ausgrenzung.«[6]

Für die Zunahme der »weltwirtschaftlichen Verflechtungen« gibt es tatsächlich belastbare statistische Indikatoren. Doch einerseits können mittels Empirie ebenso konträre Tendenzen ausgemacht werden.[7] Andererseits ist jede quantitative Änderung erklärungsbedürftig. Eine stärkere »weltwirtschaftliche Verflechtung« kann ebenso plausibel auf die Herausbildung eines Weltmarktes zurückgeführt werden, der sich nicht seit 1989, sondern seit dem 19. Jahrhundert zwar mit zahlreichen Brüchen, aber doch kontinuierlich ausbreitet, inklusive der »Fragmentierung und soziale [n] Ausgrenzung« als Voraussetzung (im Sinne einer Enteignung der Produzentinnen von ihren Produktionsmitteln) und notwendige Folgen. Damit ist die Frage aufgeworfen - und die Verfechterinnen des Begriffs hätten sie zu klären - inwiefern der Globalisierungs-begriff gerechtfertigt ist hinsichtlich der Erklärungskraft für seinen Gegenstand: den Status quo der Staatenkonkurrenz, also die materielle Realität des kapitalistischen Weltmarktes und seiner politischen Betreuung.

Die Politikwissenschaft, der der Begriff Globalisierung entliehen wurde, hat den Begriff in der Vergangenheit wesentlich differenzierter verwendet[8] und zwar mit Entwicklungen und Brüchen des ökonomischen Systems korreliert, aber, im Gegensatz zur linken Wendung des Begriffs, mit ihm keinesfalls eine neue ökonomische Phase identifiziert. »Globalisierung« bezeichnet hier nicht den Prozess selbst, sondern die interdependente Lesart der politischen Realität. In einet histomatischen Argumentation machen Linke aus der politikwissenschaftlichen Globalisierung (ähnlich wie aus dem Buzzword »Neoliberalismus«) ein Prinzip des Wirtschaftens und (Welt-) Regierens. Zur Begründung wird ein kontingentes Wissen vorgetragen, das mit »Globalisierung« einen Gegenstand konstruiert, der von einer Interpretation der Politikabläufe zum Beweggrund der Politik selber, also zum Funktionszusammenhang der modernen Gesellschaft umgedeutet wird.

Festzuhalten ist dagegen, dass Globalisierung weder als eigenständige (dynamische) Bewegung (Phase), noch eine (statische) ökonomische Erscheinung, noch ein (historisch) vorerst nicht einzuordnendes »Phänomen« gelten kann, sondern verstanden werden muss als Chiffre einer immanenten Tendenz des Kapitals, des vorläufigen Resultats eines zwiespältigen Modernisierungsfortschritts und der sichtbar gewordenen Potenz einer langfristigen Perspektive des Funktionierens der kapitalistischen Ordnung (wobei deren Entwicklungsrichtung zu diskutieren wäre). Nur in diesem Sinne hat der Globalisierungsbegriff eine inhaltliche Berechtigung. Er ist aber trotzdem unnötig, weil er eine untaugliche Abstraktion darstellt: aus der subjektiven Empfindung eines Wandels des Kapitalismus (bspw. der Rede vom Bedeutungsverlust der Nationalstaaten oder der »zunehmenden weltweiten Vernetzung der Menschen«[9]), einem Bewegtsein durch »Unsicherheit«, wird eine Faktizität geschöpft, die kongruent zur subjektiven Empfindung ist und damit eher die eigene »prärevolutionäre Weltverneinung«[10] artikuliert denn ein materielles Faktum adäquat erfassen könnte.

Ebenso fehlschlüssig sind zugleich die Einschätzungen der mobilisierenden Gruppen und Bündnisse hinsichtlich der Rolle der G8-Staaten als die politischen Exekutoren der Globalisierung, die ein »neoliberale [s] Weltmanagement«[11] betreiben und Armut

1 Ingo Stützle, Sand im antikapitalistischen Alltagsverstand, in: Arranca, 23, Jan. 2002.

2 Die konträren Positionen, die bspw. noch auf dem BUKO 29 angebracht wurden (dokumentiert unter: http:// www.buko.info/kon-gress/buko29/medi-en/doku/doku_g8.pdf), scheinen sich mittlerweile nivelliert zu haben

3 Internationalistische Linke (IL), MakeCapitalism Hisiory, in: Analyse & Kritik 512, Dezember 2006, 6.

4 Anti-G8-Bündnisfür eine revolutionäre Perspektive, Stop G8. Kapitalismus, Imperialismus, Krieg, März 2006. Siehe: http://www. antig8.tk/aufruf_de.php

5 Gipfelsoli infogruppe, Thesen zur linksradikalen GS-Mobilisierung 2007, Newsletter v. 04. Dezember 2005

6 IL, »G8-Xtra« Nr. 3, Dezember 2006.

7 Z.B. Stefan Eggerdinger, Mythos Globalisierung, in: Spiel ohne Grenzen, Berlin 2004, 141ff.

8 Ulrich Menzel, Zwischen Idealismus und Realismus, Frankfurt/M. 2001, 324.

9 Globalize? Warum Kritik nicht gleich Kritik ist, in: Substance. Zeitung der Antifaschistischen Jugendaktion Kreuzberg und der Antifa U7 Berlin, Mai 2006, 9.

10 In Übertragung des gleichnamigen Beitrags zur Antifadebatte Phase 2.16: »Wenn man sich bemüht, die Dinge teleologisch anzusehen, kann man die Haltung dieser Politaktivisten als prärevolutionär bezeichnen.«

11 IL, MakeCapital-ism History, ebd.

12 Gegeninformationsbüro (GIB) und Gruppe Arbeitermacht (GAM), Ausstellung gegen die G8, Juli 2006. Siehe: http://www.gegen-informationsbuero. de/krieg/g8_2007_ausstellung_wirtschaft.htm

13 NoGS Gruppe Kiel, Den G8 Gipfel wegpusten. Siehe: http:// gipfelsoli.org/Heiligen-damm/Lokal/Kiel.html

14 Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), G8 delegitimieren, soziale Bewegungen stärken, Alternativen leben. Ein Diskussionspapier des Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft, März 2006.

15 NoGS Gruppe Kiel, ebd.

und Hunger verursachen (!) würden[12] oder doch »zumindest die Mitverursacher«[13] seien. Der sachlich richtigen Feststellung aber, dass dem G8-Gipfel mehr Bedeutung zugeschrieben wird als ihm realer zukommt, dass er keine Regierungsfunktion ausübt sondern bestehende Widersprüche zwischen einigen Staaten im Rahmen der gemeinsamen Zwecksetzung in eine informelle Verlaufsform bringen soll um Krisen zu vertagen[14], dass er in jeder Hinsicht mehr Spektakel denn Realpolitik ist, wird getrotzt mit dem Aufruf: »Sorgen wir für unser eigenes Spektakel!«[15] Der zu dessen Begründung eingeführte Begriff von Globalisierung taucht hier nur noch auf als eine politische Reduktion — bezogen auf die Möglichkeit der Eröffnung der dichotomen Frontstellung — , die durch einen Begriff hindurch und trotz kontrafaktischer Verwendung ein komplexes Weltverstehen verspricht.

Das Quidproquo der Bewegung

Das politische Anliegen, für ein Spektakel zu sorgen, obsiegt in diesem Moment über den Zweifel an der zugrunde gelegten Theorie. Der Globalisierungsbegriff ist nicht nicht analytisches Werkzeug, sondern ein identifizierendes Unwerturteil, das der Bewegung als Kampfbegriff ihren zentralen Bezugspunkt spendet. Die IL spricht daher von einer »Mobilisierung des Gemeinsamen«[16], wobei das Gemeinsame im negativen Identitätsfokus »G8« besteht - dem greifbar gemachten, aber unbegriffen gebliebenen ökonomischen Prozess. Daher die penetrante thematische Offenhaltung der Mobilisierung, bei der das »Anti« der Anti-Globalisierung oder des Anti-Kapitalismus so allgemein wie möglich referiert wird. Das Ziel der dafür betriebenen »Theoriebildung« — gemäß des aufs Gelingen abgestellten Arguments »Erfolg kann es nur geben, wenn die Mobilisierung so breit wie möglich ist« — liest sich so: »[W]ir müssen einen inhaltlichen Schwerpunkt suchen, der zentral mit den G8 identifiziert wird und so umfassend ist, dass viele Aspekte darunter subsumiert werden können.«[17]

Der Zweck der Mobilisierung wird an diesem Punkt zum Selbstzweck: Populismus. Im Vordergrund steht nicht die Aneignung einer Gesellschaftskritik, sondern die »globale Konstellation emanzipatorischer Politiken, die über die Linke und über die älteren und jüngeren sozialen Bewegungen hinausreicht.«[18] Mobilisierungen sollen der »Kommunikation der Initiativen und der Kämpfe« dienen und »kein Mittel zu einem außer ihr liegenden Zweck sein, sondern das Mittel, das selbst ein Zweck ist zur Konstruktion des Gemeinsamen, des Kommunen.«[19] Der »außer ihr liegende Zweck« ist nur noch der Anlass, nicht mehr der Gegenstand der Auseinandersetzung. Zum Gegenstand wird die Konstruktionsleistung der Bewegung, weil jene globale Konstellation und ihr Gemeinsames gerade nicht gegeben sind, sondern nach ihnen in diversen sozialen und nationalistischen »Kämpfen« erst gefahndet werden muss. Inhalte zu entwickeln wird dem Anliegen, über eine Vernetzung zu verfügen, nachgeordnet; die Befassung mit Inhalten wird auf einen Ungewissen Zeitpunkt vertagt, der logisch erst dann eintreten kann, wenn die erhoffte »globale Konstellation« bereits Tatsache geworden ist.

Eine Mobilisierung unter dieser Voraussetzung muss als entpolitisiert bezeichnet werden, auch wenn sie, das verrät der Blick in die zahlreichen Aufrufe, auf dem Ticket des Inhaltlichen oder gar Revolutionären fährt. Diesen Gegenstandswechsel mit zu vollziehen sollte vermieden werden, weil er dazu führt, künftig an die eigene Kritik nicht mehr den Maßstab ihres Zutreffens anzulegen, sondern sie daran zu messen, wie effektiv sie in irgendeine Praxis überführt werden kann. Sinnigerweisen sind es gerade manche Kritikerinnen der Anti-G8-Mobilisierung, die, nachdem sie ihre u.U. zutreffende Kritik vortragen, sie sogleich durchstreichen zugunsten des »Gemeinsamen« mit dem Gipfelgegnerinnen. Das Bündnis »...ums Ganze«, bestehend aus AZT Autonomen Antifa [f] Frankfurt, redical M Göttingen und TOP Berlin (ex-K&P), erkennt zwar den »vorherrschende [n] Mangel an Klarheit über die Entwicklungen des kapitalistischen Herrschaftssystems«, doch »[g]erade weil die Regierungschefs, die in Heiligendamm zusammenkommen, sich selber als Repräsentanten einer Volkssouveränität begreifen, ist folglich der Protest des >Volkes< gegen solche Treffen eine völlig legitime Angelegenheit« und »gerade weil Herrschaft im Kapitalismus im Grunde weder Namen noch Adresse hat, sollte der G8-Gipfel zum Anlass genommen werden, um mit der Kapitalismuskritik aufs Ganze zu gehen.«[20] Damit folgt auf die Kritik der Bewegung das »Trotzdem« als die im Widerspruch zur vorher formulierten Erkenntnis stehende Möglichkeit, jener Charaktermasken habhaft zu werden — und das nicht mehr im Namen einer Kritik des Kapitals (als deren Konsequenz das nicht möglich wäre), sondern eines hinter der Zwar-Aber-Rhetorik platzierten Volksprotests.

Für sich kommunistisch verstehende Zusammenhänge können jedoch weder diese Bewegung, noch ihr (symbolischer) Anlass, noch deren Mobilisierungsinhalt Anknüpfungspunktesein. Das begreift zwar auch »...ums Ganze«: »Statt alles der Strategie unterzuordnen, geht es der Radikalität um die adäquate Erkenntnis gesellschaftlicher -Herrschaft und um die Bestimmung deren vernünftiger Aufhebung«; doch aus ihrer völligen politischen Differenz schließen sie nicht ein eigenes Fernhalten aus derjenigen Bewegung, die gerade alles der Strategie unterordnet. Der Bewe-

16 »G8-Xtra«Nr. 2, August 2006.

17 Badespasz Halle, Die G8 delegitimieren - aber wie? Siehe: https://www.jpberlin.de/badespasz/inhalte/2006/klein_delegit.html

18 IL, Make Capital-ism History: ebd.

9 Ebd.

20...ums Ganze! Smash Capitalism. FighttheG8Summit. Siehe: http://umsganze.blogsport.de

21 BUKO, G8 delegitimieren..., ebd.

22 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrisse der verstehenden Soziologie, Tübingen 1980,122ff.

23 Internationale Arbeitsgruppe: Globaler Aufruf, siehe:, http:// gipfelsoli.org/Internati-onal/call_german.html

24 Anti-G8-Bündnisfür eine revolutionäre Perspektive: Stop G8. Kapitalismus, Imperialismus, Krieg, März 2006. Siehe: http://www. antig8.tk/aufruf_de.php

25 Gruppe Eiszeit (Schweiz), Warum wir Widerstand nicht gegen das WEF leisten, Januar 2005. Siehe: http://80.67.153.116/ ib_eiszeit/texte/ wef-flugi05.htm

26 Hamburger Anti-G8-Bündnis, Kapital - muss weg! Staat - muss weg! G8 unmöglich machen! Siehe: http://www.roteswinter-hude.de/hhantig8.htm

27 Gründungserklärung Anti-G8-Bündnis Leipzig

28 Avanti, Block G8. Bewegen, blockieren, bleiben. Siehe: http://www.avanti-projekt.de/p_antikap/ Block_G8Aufruf.htm

29 Gruppe TOP Berlin, Dabeisein ist nicht alles, in: Jungle Word 01/2007.

30Guy Debord, Die Gesellschaft des Spektakels, 14.

gung wird noch ein revolutionäres Potential angedichtet, das bereits im Bestehen der Mobilisierung erblickt wird. So reihen sich selbst Kritikerinnen in die Mobilisierung ein und finden sich — mit gutem Gewissen — in der Masse wieder, die sie zu kritisieren suchten.

Die Linke als alternativer Stichwortgeber

Obgleich oben angedeutet wurde, dass es der Mobilisierung an Inhalten mangelt und mancheineR diesen Mangel gerade als einen taktischen Vorteil zu schätzen weiß, stecken in den wenigen gemeinsamen Positionen dennoch klare Bezugnahmen sowohl auf den bürgerlichen Staat also auch das Anerkenntnis des Ziels einer funktionierenden Weltwirtschaft. Zwei besondere Momente, die ich herausgreifen möchte, sind erstens der Demokratiebzw. Staatsidealismus der Linken und zweitens ihre Rolle als alternative Stichwortgeber zur Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Standorts.

Eine sich wiederholender Position innerhalb der Mobilisierung ist erstens der Hinweis auf die fehlende Legitimität des G8-Gipfels, der »nicht einmal die selbst gesetzten Standards liberaler Demokratie« erfülle. Im Um-kehrschluss könne die eigene »zentrale Forderung« nur »die Delegitimierung der G8« sein. Delegitimierung bedeutet hierbei, »den Regierenden das Recht ab [zusprechen], Entscheidungen in der Form und mit den Inhalten zu treffen, MW sie es tun.«[21] Der Vorwurf auf den Punkt gebracht lautet also: die G8-Staaten operieren nicht gemäß dem von den Trägern der Kritik offenbar geteilten Ideal von Demokratie, also nicht nach gesetzlichen Regularien. Neben dem seltsamen Umstand, dass als Bewertungsmaßstab gar nicht die tatsächlichen Schädigungen durch Kapitalismus und Politik auftauchen sondern nur die Frage gestellt wird, ob formale staatliche oder moralische Maßstäbe erfüllt sind, ist die Argumentation auch faktisch unstimmig. Weder ist die Frage nach Legitimität entscheidend für das Funktionieren des Kapitalismus und das seiner Subjekte, noch ist der Kapitalismus »illegitim«. Das Gegenteil ist der Fall, weil dem Kapitalismus ein Legitimitätsglaube entgegen gebracht wird, der ihm nicht selber anhaftet, sondern in den zu seiner Rechtfertigung aufgebrachten zweckrationalen bis affektuellen Begründungen[22], d.h. Ideologien besteht. Im Vorhaben einer Delegitimierung steckt nicht mehr als die empörte Feststellung einer vermeintlichen Illegalität des Handelns und damit das Kenntlichmachen nicht einer Kritik, sondern eines Moral- oder Rechtsurteils.

Gleiches geschieht, wenn der Kapitalismus als ein »ungerechtes, unfaires, ungleiches internationales System«[23] gekennzeichnet oder den G8-Teilnehmern vorgeworfen wird, sie würden »[e]ntgegen ihrer tatsächlichen Politik [...] Engagement gegen den Welthunger, gegen Krankheiten, Armut und den'Terrorismus heucheln.«[24] Welche Rolle eine moralische oder rechtliche Qualität für die Bewertung und Kritik gesellschaftlicher Zustände spielt, was durch das Anmahnen bestimmter Anstandsregeln den Zumutungen und Schädigungen durch Kapital und Realpolitik noch, zugesetzt wird, bleibt offen. Mit treffenden Worten auf den Punkt gebracht: »Würden sich dieselben Damen und Herren von Wasser und Brot ernähren und zudem ihre Entscheidungen immer auf ihre moralischen Qualitäten hin überprüfen, es wäre den wenigsten geholfen. Die Zwänge der kapitalistischen Ökonomie würden sich trotzdem ihre Geltung verschaffen.«[25]

Häufig anzutreffen ist zweitens das Werben für das Gegenprogramm einer »Globalisierung von unten«, die ebenso diffus bleibt wie das Gegenstück der »Globalisierung von oben«. Es ist durchzogen vom Anmahnen eines »verantwortungsvollen und bewussten Umgang [s] mit den Ressourcen«[26], verspricht also nicht eine von der kapitalistischen Produktionsweise verschiedene Ökonomie, sondern einen im Resultat effektiveren und nachhaltigeren Modus des Wirtschaftens. Das gegen den Kapitalismus in Anschlag zu bringen ist deswegen unsinnig, weil das unter dem Begriff der Nachhaltigkeit versammelte Interesse einer langfristigen Sicherung der Produktions- und Akkumulationsbedingungen - was die Verfügbarkeit von und Zugreifbarkeit auf Rohstoffe ebenso bedeutet wie der Schutz »unserer natürlichen Lebensgrundlagen«[27] - bereits Standortfaktor ist. Die Sorge um Naturzerstörung zu teilen ist vernünftig, als Lösung aber ein wirtschaftliches Modernisierungsprogramm im Namen von Effektivität und Nachhaltigkeit vorzuschlagen macht die Linke schlussendlich zum alternativen Stichwortgeber für den fortwährenden kapitalistischen Modernisierungsprozess. Konstruktive Vorschläge wie die Entschuldung armer Länder als konsequente Hilfe für Entwicklung und Geschäftsfähigkeit weisen daher in dieselbe Richtung wie die Anmahnung »legitimer«, d.h. formaldemokratischerer Politikgestaltung.

Einem darauf gerichteten Protest schwebt nicht mehr die Abschaffung des Kapitalismus vor, sondern die Fürbitte »für gleiche soziale, politische und kulturelle Rechte aller Menschen, für das Recht auf globale Bewegungsfreiheit, für einen verantwortungsvollen Umgang mit den weltweiten Ressourcen, für die Garantie öffentlicher Räume und Güter und für globale soziale Gerechtigkeit.«[28] Die soziale, politische und kulturelle Integration durch Partizipätion, Rechtsförmigkeit und Zivilgesellschaft ist dabei nie ein subversives, antikapitalistisches Projekt gewesen, als das es

sich inszeniert, sondern trifft sich mit den Interessen bürgerlicher Realpolitik. Diejenigen, die dennoch daran festhalten, sind getragen von einem zwar bekennend-antikapitalistischen, aber doch einem an der systematischen und programmatischen Rechtfertigung bürgerlicher Gesellschaft oder alternativer bürgerlicher Herrschaft interessierten Denken. Dessen Ursprung ist die Betrachtung des Kapitalismus vom bürgerlichen Ideal — Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit — her, das zum Vergleichsmaßstab mit der materiellen Realität erhoben wird, anstatt die materielle Realität selber nicht mehr an einem Ideal blamieren zu wollen, sondern mit denjenigen Schädigungen der Individuen (und im übrigen auch der Natur) zu identifizieren, die der Kapitalismus notwendig produziert. Ähnlich wird verfahren mit der Realität politischer Herrschaft im Kapitalismus, zu deren Ablehnung man sich nur deshalb entschließt, weil sie nicht mit den Idealen zu deren Rechtfertigung überein zu bringen ist. Daran aber stößt sich nur, wer diese Ideale und mit ihnen die Zwecke bürgerlicher Herrschaft und kapitalistischer Ökonomie grundsätzlich teilt.

Noch einmal: linke Praxis

Es ist ein Anliegen nicht um der Militanz des Handelns, sondern der Radikalität der Kritik willen, die G8-Mo-bilisierung nicht zu unterstützen. Die für die Teilnahme vorgebrachten inhaltlichen Argumente verbleiben, wie ich zu zeigen versucht habe, auf einer affektiven Ebene, die mit einer Kritik der politischen Ökonomie nichts zu tun hat, sondern sich an einem Ersatzgegenstand abarbeitet — und deshalb auch nicht inhaltlich radikalisiert, d.h. über ein reformistischen Projekt hinausgetrieben werden kann. Die oft ergänzend vorgebrachten formalen Argumente sollen dem inhaltlichen Defizit das gute Gewissen beim aktionistischen Trotzdem-Dabeisein entgegensetzen, indem lamentiert wird, eine Intervention sei ungeachtet des desolaten Zustandes der »Bewegung« nötig, zumal es gelte, die bestehende Medienaufmerksamkeit zu nutzen und die einmal in einem Anliegen einige Protestmasse zu agitieren (»Resonanzboden«[29]). Dabei wird aus dem Bestehen einer Mobilisierung und der ihr zukommenden medialen Aufmerksamkeit ein Argument zu deren Unterstützung umgelogen und aus ihrem Anlass eine Notwendigkeit der Beteiligung - als böten die alltäglichen Zumutungen des Kapitalismus nicht bereits genug Anlass zur »Intervention« und als wäre die Instrumentalisierung der Medien für die Vermittlung gesellschaftskritischer Inhalte ein aussichtsreiches Vorhaben einer Mobilisierung, die sich nicht über gesellschaftskritische Inhalte, sondern spektakuläre, verbalradikale Aufrufe, den Gipfel »wegzupusten«, präsentiert. Wer sich schließlich vorgenommen hat, Leute zu agitieren, wird dafür im Vorfeld vermutlich bessere Bedingungen für Gehör finden als an den paar Tagen, an denen sich die Angereisten bereits für ihre Sorte Politik entschieden haben. Es ist an dieser Stelle nicht getan und nichts gewonnen ‚mit einer Auseinandersetzung, die sich darauf beschränkt, die Mobilisierung als »völkisch« o.a. zu denunzieren. Damit wäre höchstens einem — vielleicht tatsächlich angebrachten — Distinktionsgewinn Genüge getan. Die Aussicht, dass endlich wieder eine große Mobilisierung gelingt, dass der x-hundertste Versuch einer linken Intervention zu einem quantitativen Erfolg führen könnte, treibt selbst die sonst Reflektierteren zurück in den Bewegungshype. Der manifeste Hinweis darauf, dass es sich bei der dafür bemühten Theorie und Praxis nicht um ein wenigstens im Ansatz gesellschaftskritisches, sondern ein ideologisches Vorhaben einer inhaltlich bankrotten Linken handelt . und damit die Dringlichkeit einer Gegenintervention auftischt, ist die selbstbewusste Rekuperationslogik der Protestierenden, wenn sie sich als Modernisiererinnen des Kapitalismus anbiedern und voller Leidenschaft und Phrase für die Legitimität des Ganzen, die Instandsetzung des Weltmarktes, seine Nachhaltigkeit und dauerhafte Geschäftsfähigkeit et cetera eintreten und nicht begreifen: »Das Spektakel will es zu nichts anderem bringen als zu sich selbst.«[30]

FELIX KÖRNER
Der Autor ist Mitglied einer antifaschistischen Gruppe in Leipzig.

geklaut aus der *Phase2*

Der Charme des Widerstands

Telepolis 16. Mai 2007
Peter Bürger

Die Angst der Mächtigen vor der Gewaltfreiheit: Was soll die staatliche und mediale Einschüchterung von Kritikern der G8-Politik bezwecken?

Fast tausend Polizeibeamte durchsuchen in einer konzertierten Aktion etwa vierzig politische Projekte und Wohnungen in mehreren Teilen des Landes, auch ganz private Bereiche. Sie beschlagnahmen Computer, Datenträger und Unterlagen. Obwohl es zu keinen Verhaftungen kommt, weiß ein Nachrichtenmagazin wenige Tage später – ohne Nennung amtlicher Gewährsleute – zu berichten, es seien Wecker, andere Uhren, Drähte und China-Kracher gefunden worden. Dies könnten fast Szenen aus Spielfilmen wie "V For Vendetta" oder "Children Of Men" sein. In diesen Werken zeigen Rückblenden die Zeit des großen "Anti-terrorkrieges" als Anfang vom Ende der Bürgerrechte und als Durchbruch für den autoritären Überwachungsstaat.

Schauplatz und Handlungen sind indessen nicht fiktiv. Wir befinden uns in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist Mai 2007. Die Überschrift der Razzien lautet "Verdacht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung". Hinweise auf Straftaten der Aufgesuchten liegen nicht vor. Im Visier stehen Kritiker der G8-Politik, Kritiker jener mächtigsten Industriestaaten, deren Repräsentanten sich im nächsten Monat im Ostseebad Heiligendamm zu einem ganz informellen Austausch treffen wollen.

Nun gibt es sehr viele Leute mit der Überzeugung, die regelmäßigen G7/G8-Gipfeltreffen führten, bezogen auf das Wohl der meisten Menschen auf dem Globus, nichts Gutes im Schilde. Die deutsche Kanzlerin kennt ihr Grundgesetz und betont eigens, diese Leute hätten natürlich das Recht auf politischen Protest. Der Bundesinnenminister erklärt, er habe mit den Razzien nichts zu tun, hege jedoch hinsichtlich der Berechtigung der behördlichen Maßnahmen keinerlei Zweifel. Das wichtigste Zauberwort der neuen "Sicherheitspolitik" des dritten Jahrtausends macht wieder die Runde: "Prävention". Es sind allerdings keine freundlichen Kondombotschaften, mit denen man das Virus der Aufmüpfigkeit einzudämmen versucht.

Was sollen die jüngsten Repressionen gegen G8-Kritiker wirklich bezwecken? Folgt man den Websites und Mailings der am Gipfelprotest beteiligten Netzwerke, könnte man am ehesten auf die Idee kommen, es handele sich um eine staatliche Mobilisierungsbeihilfe. Der Verfasser dieses Beitrages sah sich zum Beispiel sogleich ermutigt, einen Terminkonflikt aus dem Wind zu schlagen und bei einem örtlichen Koordinierungsbüro ein Heiligendamm-Ticket zu erwerben. Will man vielleicht so etwas wie die "deutsche Ehre" retten und durch spektakuläre Polizeimaßnahmen sicherstellen, dass beim G8-Protest auch wirklich genügend Leute vor Ort sind?

In der deutschen Geschichte hat es ja viel Massenhysterie zugunsten herrschender Politik gegeben. Müssen "wir Deutschen" jetzt nicht – nach sechs Jahrzehnten Demokratie – vor den Augen aller Welt unter Beweis stellen, dass man sich auch hierzulande in länderübergreifenden Fragen zum Widerwort vereinigen kann? Gegen diese schöne Beihilfethese spricht jedoch einiges. Das deutsche Motto für den Juni-Anfang lautet, soweit es den Staat betrifft, durchaus nicht mehr "Zu Gast bei Freunden". Für unerwünschte Gäste aus der europäischen und weiteren Nachbarschaft will man – wir kennen Vergleichbares seit Genua – die Grenzen vorbeugend dicht machen.

Kriminalisiere, teile und herrsche!

Näherliegender ist es, die Repressionen einer Strategie zuzuordnen, die innerhalb des unglaublich breiten Spektrums der G8-Kritiker Uneinigkeit erzeugen und unschlüssige Bürger ohne Demonstrationserfahrungen von einer Teilnahme abschrecken soll. Vordergründig waltet dabei das bewährte Modell "Zuckerbrot und Peitsche". Natürlich sollen für andere Meinungen Verfassungsrechte in Anspruch genommen werden können. Man hat ja gar nichts gegen gute Ökos, maßvolle Globalisierungskritiker, liebe Friedenschristen, junge Grüne, Sozis oder Gewerkschafter, Entwicklungshilfe-NGOs oder die Gutmenschen der Migrantenbetreuung. Aber an all diese ergeht die Warnung: "Hütet euch vor den Kriminellen, vor den bösen Autonomen und radikalen – also an der Wurzel festhaltenden – Linken!" Wie schnell doch kann man sich im Bannkreis dieser "terroristisch ambitionierten" Minderheiten wiederfinden. Vielleicht ist es doch besser, zuhause zu bleiben?

Sollte dies die Strategie gewesen sein, so ist sie gründlich in die Hose gegangen. Nach anfänglichen Unschlüssigkeiten fanden die "präventiven" Polizeimaßnahmen selbst in zahlreichen bürgerlichen Medien eine denkbar schlechte Presse. Von der Friedensbewegung bis hin zu christlichen Organisationen und Attac

wurde der versuchten Kriminalisierung und Auseinanderdividierung des Protestes eine Absage erteilt. Der zivile Ungehorsam gehört nämlich ausdrücklich zu den gemeinsamen Vereinbarungen des Protestbündnisses. Er braucht nicht erst mit Polizeiaktionen ausgespäht werden.

Die Zeitung "Welt" erhielt z.B. für ihre Berichterstattung darüber ganz offenherzige Einblicke. Sitzblockaden sollen unter Verweis auf Präventivgesetze, an denen im Einzelfall auch die PDS Mecklenburg-Vorpommern mitgewirkt hat, nun womöglich zu terroristischen Akten erklärt werden. Doch sie sind traditionsreiche Aktionsformen einer bürgerrechtlichen Protestkultur, und der Umgang mit ihnen wird ein Gradmesser dafür sein, wie weit der Vormarsch des autoritären Staates bereits gediehen ist.

Die Repräsentanten der acht Industrienationen mit gemeinsamen Interessen werden sich hinter einem – mehr als 12 Millionen Euro teuren und nach Ansicht der G8-Kritiker illegitimen – Hochsicherheitszaun vor dem gemeinen Volk verbarrikadieren. Das ist ein aussagekräftiges Symbol. Auch wer mit sportlichen Künsten oder durch Sachbeschädigung an diesem Symbol kratzen würde (wozu Attac nicht aufruft), wäre noch lange kein Terrorist. Aus der Sicht der Globalisierungskritiker geht es um ein System, das permanent Millionen Tote auf der Erde produziert und mit seinen massenkulturellen Großlautsprechern alle anderen Stimmen übertönt. Die Verantwortlichen eines so verstandenen Systems können entsprechend kaum erwarten, dass man ihnen lediglich mit Flüstertüten nette Parolen zuruft.

Soll die Gewalt mit Gewalt herbeigerufen werden?

Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die Mächtigen im Bad der Menge sonnten und Tuchfühlung mit jubelnden Massen suchten. Die Gipfel sind längst von den Metropolen in die provinzielle Peripherie verlegt worden. Von Mal zu Mal werden die Mauern drum herum dicker, die paramilitärischen und militärischen Maßnahmen drastischer und die Kosten unmäßiger. Warum dieser Aufwand? Da das Ganze ja nur ein informelles Treffen – ohne feste Statuten, ohne Beauftragung durch die von den Vereinbarungen Betroffenen und erst recht ohne völkerrechtlich relevante Legitimationen – ist, wäre doch eine elektronisch bewerkstelligte Schaltkonferenz viel angemessener. Abhörsicher und vergleichsweise kostengünstiger könnte man sich auch in höchster Höhe, in einem Konferenzflugzeug unterhalten. Denkbar wäre auch ein kurzfristig anberaumtes konspiratives Treffen im Geheimen.

Aber das Spektakel in Heiligendamm wird man eben kaum als bloße Arbeitskonferenz betrachten können. Die martialische Inszenierung der Gipfel, die das freundliche Gesicht der Machtinszenierungen des letzten Jahrhunderts abgelöst hat, passt zur Richtung und Ästhetik der neuen Sicherheitsideologien. Sie mutet an wie die Vorbereitung einer Gewalt-Show. Sie zeigt, dass man auch nach innen Stärke beweisen will und die Zeiten einer leutseligen Gesprächskultur im liberalen Kapitalismus vorbei sind.

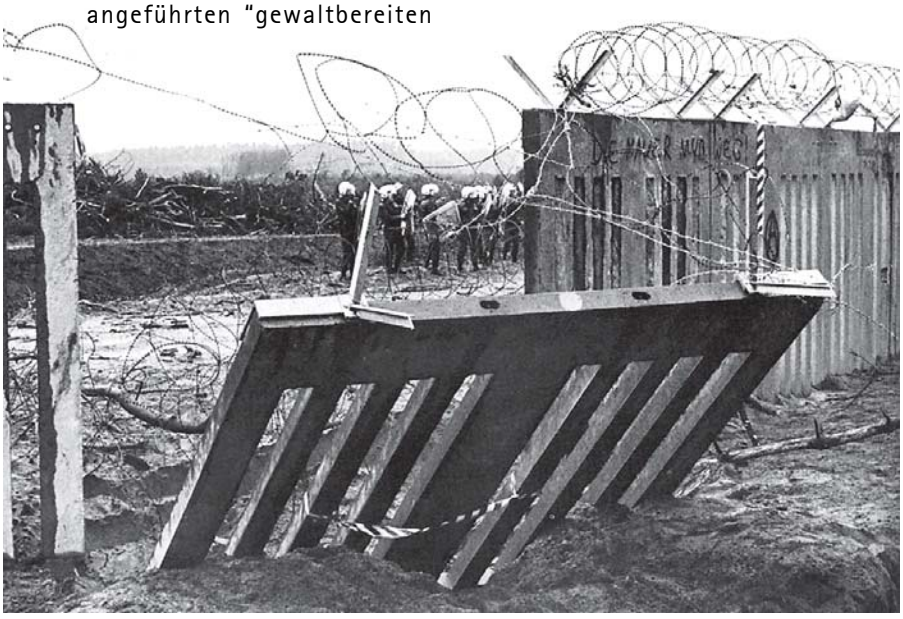
Die Dramatik wäre, so betrachtet, außerordentlich erwünscht und wird deshalb vielleicht schon im Vorfeld beschworen. Der selektiv starke Staat ist unvermeidlich. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung darf man bei der Beschneidung persönlicher und gemeinschaftlich wahrnehmbarer Grundrechte nicht skrupulös sein. Scherben, die das Gesicht eines kleinen Polizeibeamten verunstalten, wären der medienwirksamste "Beweis" für die Berechtigung solcher Anschauungen. Außerdem hätte eine Räuber-und-Gendarm-Live-Berichterstattung einen unbezahlbaren weiteren Vorzug, für den es in der Vergangenheit schier endloses Anschauungsmaterial gibt: Über die Inhalte des Protestes müsste man, wenn Blut fließen würde und Polizeiknüppel zum Einsatz kommen, überhaupt nicht mehr reden. Allerdings: Redet man denn gegenwärtig über Inhalte?

Aus der Perspektive von oben ist Gewaltlosigkeit das Gefährliche

Falls eine solche Sichtweise der Dinge zutrifft, wären die gebetsmühlenhaft angeführten "gewaltbereiten Chaoten" und "Krawallmacher" das Letzte, was die vorherrschende Politik fürchtet. Vielmehr braucht man auf Seiten des Widerstandes Akteure, die der Militarisierung von oben willkommene Entsprechungen liefern. Ein Autonomer, der mit einem Polizisten sein Butterbrot teilt, oder ein Pazifist, der sich ernsthaft mit einem Soldaten über die regierungsamtlichen Auslassungen zu Kriegseinsätzen und fossiler Energieversorgung unterhält, das hingegen wären wahre Skandale. Die Auseinandersetzung nämlich würde – weg von uniformierten Bürgerinnen und Bürgern – dorthin gelenkt, wo sie hingehört: auf die Ebene der politisch Verantwortlichen.

Alles spricht dafür, dass die größte Angst darin besteht, die unglaublichen Erfolgsmodelle von Mahatma Gandhi oder Martin Luther King könnten wieder in die Erinnerung gelangen und nunmehr staatliche Gewaltausübung als solche auch sichtbar werden lassen. Die vorherrschende Massenkultur tut – abgesehen von unvermeidlichen Hollywoodproduktionen eben zu Gandhi und King – alles dafür, dass gewaltfreie Grundhaltungen und Methoden des Widerstandes aus dem öffentlichen Horizont ausgeklammert bleiben. Die Blockadetrainings und andere Vorbereitungen für die Proteste in Heiligendamm zeigen hingegen auch für die Gegenwart, dass aktive Gewaltfreiheit sich nicht auf das Singen von "We shall overcome" beschränkt. Gerade das scheint das Beunruhigende zu sein. Der radikale Protest könnte "zivil" bleiben, und die Medien könnten dies – in qualitativer wie quantitativer Hinsicht – auch so zeigen.

Übrigens ist der eingangs genannte Film "V For Vendetta", das bislang vielleicht wichtigste antibushistische Kinowerk, in



großen Teilen durchaus ein Beitrag, der sich dem hegemonialen Gewaltkult beugt. Der Held schreckt auch vor Morden nicht zurück, um sich in den gleichgeschalteten Massenmedien Gehör zu verschaffen. Beiläufig wird hier auch die verbreitete, gleichwohl völlig absurde Gleichsetzung von Anarchismus und Gewaltbefürwortung gestützt. Subversiv ist dieser Film allein deshalb, weil er zum Ende hin die Möglichkeit eines breiten zivilen Widerstandes ins Bild setzt und eine "Revolution ohne Tanz" als sinnloses Unterfangen entlarvt.

Der Charme des Widerstandes

Gewalt hat noch immer den Mächtigen gedient, jenen, die gewalttätige ökonomische Strukturen unterhalten oder bedienen und alles politische Denken mit "militärischer Logik" durchdringen wollen. Subversiv aber kann nur sein, was im ursprünglichsten Sinn des Wortes sympathisch ist, was im Innersten und auch von den Ausdrucksformen her mit dem abgelehnten System nichts gemein hat.

Es gibt – erst recht im Medienzeitalter – keinen aussichtreichen Protest ohne das Wissen darum, wie attraktiv Gewaltfreiheit und die Suche nach Güte sind. Die Bilder des Überspringens von Mauern vielfältigster Art müssen einfach so unwiderstehlich und förmlich erotisch sein, dass kein Kameramann mehr "Nein" sagen kann. Der Umgang der G8-Kritikerinnen und Kritiker untereinander ist vielleicht der wichtigste Schlüssel zum ganzen Unterfangen des Protestes. Nur in einem von Wohlwollen – statt von Aggressivität und Angst – bestimmten Menschenraum kann das Unerwartete geschehen, eine Geste, die man nicht machen kann und mit der niemand gerechnet hat.

Die Bildkompetenz der Kritiker müsste so stark sein, dass sie die militärische Ästhetik der Gipfelburg zum Einsturz bringen könnte. Zu denken wäre hier an ein Kunstwerk aus der Region Kyritz-Neuruppin. Gegner des geplanten Bombodroms hatten ein ehemaliges Kommandogebäude komplett mit der "unmännlichen Farbe Rosa" angestrichen. Daraufhin ließ die Bundeswehr das Gebäude einreißen.[1]

Freilich muss man bezogen auf solche Visionen einwenden, dass in der Geschichte erfolgreiche gewaltfreie Widerstandsbewegungen stets mit großen Gestalten einhergingen. Menschen wie Gandhi, Martin Luther King, die Berrigan-Brüder oder Nelson Mandela kann man aber nicht wie einen "deus ex machina" aus dem Hut zaubern. Schön wäre es natürlich, wenn eine globale Bewegung für die Würde des Menschen im dritten Jahrtausend auch ganz ohne Projektionen auf "Große Einzelne" auskommen könnte.

Angst vor der kritischen Masse im Bürgertum?

Zur Angesagtheit des Protestes ist noch ein anderes Feld zu beachten. Ein – integrer – Mann wie Heiner Geißler darf als christlicher Politrentner das Übel "Kapitalismus" beim Namen nennen und dies zuweilen sogar im Fernsehen. Andere hingegen, die der Sache nach den gleichen Klartext sprechen, finden sich unversehens ins Lager von Terroristen eingereiht.

Dennoch wächst das Unbehagen im so genannten Bürgertum. Vielleicht werden bald mehr Leute nicht mehr sagen "aber man kann ja nichts machen", sondern "man müsste was machen" und schließlich "lasst uns jetzt was machen". Mittelständische Unternehmer, die für ihre Mitarbeiterschaft am Ort persönliche Verantwortung übernehmen, können einfach nicht mehr verstehen, dass im vorherrschenden System wirtschaftliche Großgebilde für antisoziales Verhalten regelrecht belohnt werden. Viele Kommunalpolitiker aus den Volksparteien, die für ein überschaubares Gemeinwesen aktiv sind, haben aufgrund der schwindenden sozialen Gestaltungsmöglichkeiten wenig Sinn für "neoliberale" Doktrinen.

Dass viele von sozialem Abstieg Bedrohte auf die Idee kommen, an den grundlegenden Beobachtungen eines Karl Marx könnte vielleicht doch etwas dran sein, wird nicht verwundern. Schließlich muss auch der Apotheker, der für die Grünen in einem asylpolitischen Arbeitskreis mitmacht, erkennen, dass der menschenverachtende Umgang mit "illegalisierten" Migranten mit globalen Machtverhältnissen zusammenhängt und auch im Lande selbst verschiedene Funktionen bei der Schaffung billigster Arbeitsplätze erfüllt.

Im Visier der G8-Kritiker steht auch die neue Atomwaffenpolitik der Industrienationen. Wolfgang Huber, Landesbischof in Berlin und zugleich Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, forderte unlängst eine Abschaffung der in Deutschland stationierten 150 Atomwaffen.[2]

Sogar der Papst aus Bayern hat Mitte Dezember des letzten Jahres in einem Brief an Kanzlerin Angela Merkel zentrale Anliegen der Globalisierungskritiker aufgegriffen: z.B. Eindämmung der skandalösen Rüstungsexporte, Beendigung des illegalen Handels mit wertvollen Rohstoffen und einen "vollständigen und vorbehaltlosen Erlass der Auslandsschulden der armen Länder". Er zeigte sich besorgt "ob der Unfähigkeit der reichen Länder, den ärmsten Staaten Bedingungen anzubieten, die ihre nachhaltige Entwicklung fördern".[3]

Den diesbezüglichen, frommen Versprechungen auf Gipfeltreffen der vergangenen Jahre waren in der Tat stets nur kleine, wenig überzeugende Gesten gefolgt. Gewiss sind zahlreiche neue kirchliche Phänomen so etwas wie eine abendländische Kultursteuer an den Eurozentrismus. Was aber wäre, wenn immer mehr Christen nicht gewillt sind, die spirituelle Begleitmusik zu spielen für jene "christlichen Welt", die den größten Teil der Kriegswaffen auf dem Globus hortet und die globalen Spielregeln des Wirtschaftens fast allein diktiert?

Schließlich zeigen sich immer mehr bürgerliche Kreise beunruhigt von autoritären Entwicklungen der letzten Jahre und dem Trend zur Überwachungsgesellschaft. Die Zeitschrift Publik-Forum, deren Leser vielfach dem Spektrum der Grünen nahe stehen, titelt in ihrem ersten Mai-Heft 2007: "Der Staat, dein Feind? Wenn die Sicherheit die Freiheit bedroht."

Im linken Spektrum betrachten heute wohl nur noch wenige Dogmatiker den

Einsatz für Bürgerrechte als einen Ablenkungsschauplatz. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schonungslosen Erforschung der Sünden in der Geschichte des Sozialismus und eines scharfen Sinns für bürgerliche Freiheiten ist viel verbreiteter als solches Sektierertum. Mit Blick auf die Bedrohung der Gesellschaft durch unkontrollierbare wirtschaftliche Machtkonzentration, wie sie einstmals auch im Ahlener CDU-Programm ein Thema war, lautet die Devise: "Demokratie statt Kapitalismus." Die großen Fragen kommen zusammen: Gibt es ein Leitwort?

Das Neue am Protest in Heiligendamm ist, dass seine Themen von den Beteiligten unabhängig von der Gipfel-Agenda ausgewählt worden sind. Der Abschied vom politischen Modell des Reagierens auf Vorgaben von oben hat es möglich gemacht, die jeweils besonderen Fragestellungen unterschiedlicher Bewegungen zusammenzuführen. Der Zusammenhang aller Fragestellungen bezieht sich auf eine aggressive Weltwirtschaftsordnung, die – national wie global – alles dem Interesse einer kleinen Minderheit von Menschen unterordnet. Wenn wir – statt der Verkündung von Aktienkursen – in den Fernsehnachrichten täglich über die Entwicklung der globalen und inländischen Reichtumsverteilung orientiert würden, wäre dieses System wohl schon längst zusammengebrochen. Gemeinsam ist außerdem allen Themen ein Bezug zum zivilisatorischen Ernstfall. Seit Jahrzehnten ist offenkundig, dass eine Politik zugunsten der Konzernagenda unfähig ist zu ökologischen Lösungsansätzen und für das Überleben auf dem Planeten keine Perspektive anbieten kann. Die westliche Kriegspolitik wird immer rücksichtsloser und verspottet die vorgeblich eigenen "Werte". Immer mehr Menschen schenken dem "militärischen Humanismus" keinen Glauben mehr.

Durch ihre Aufrüstung, Waffenexporte und Wirtschaftsaktivitäten in rohstoffreichen "Entwicklungsländern" sind die reichen Industriestaaten der bedeutsamste Kriegsmotor auf der Erde. Die G8-Kritiker wollen die Bevölkerung darüber aufklären, dass auch Europa die Energieversorgung längst militarisiert hat. Insofern bedienen sie gerade nicht die willkommenen, weil ablenkenden Klischees von "Antiamerikanismus". Das Skandalon von jährlich dreißig oder mehr Millionen Hungertoten geht einher mit: fast einer Milliarde unterernährter Menschen, fehlender Trinkwasserversorgung in armen Regionen, der Verweigerung von Medikamenten gegen tödliche Krankheiten und einer mutwilligen Zerstörung von lebenswichtigen Selbstversorgungsstrukturen. Für all dies sind keine bösen muslimischen Bartträger verantwortlich.

Die G8-Politik wird von den Kritikern als Beweis dafür gewertet, dass den reichen Nationen das Massenelend auf dem Globus am Allerwertesten vorbeigeht. Nie meint man in den zahlreichen Sonntagsreden über Menschenrechte in entfernt gelegenen Erdteilen die sozialen Menschenrechte oder auch nur das grundlegendste Recht, überhaupt durch einen bescheidenen Anteil an den Gütern der Erde leben zu können. In der Protestagenda sind die Rechte von Hartz-IV-Empfängern oder Migranten oder Menschen im fernen Afrika gleich gewichtet. Damit sind Modelle eines nationalen Sozialausgleichs nur für die Massen, die die Flagge des eigenen Landes schwenken, als moralisch unakzeptabel entlarvt. Angestrebt wird jene internationale Ordnung der Völkerwelt, die die Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte ermöglicht und auf die nach Artikel 28 der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration jeder Mensch einen Anspruch hat.

Was könnte das gemeinsame Leitwort für all diese Anliegen sein? Aufgrund seiner Erfahrungen aus der politischen Arbeit mit Arbeitslosen hat ein Mitglied der Düsseldorfer Antifa dem Verfasser vorgeschlagen, doch den Gedanken der Würde als zentrales Motiv zu betrachten. Immer mehr Menschen bei uns, denen man Erwerbsarbeit verwehrt und gleichzeitig die Meßlatte "produktives Gesellschaftsmitglied" vorhält, verlieren die Selbstachtung. Sie nehmen den ihnen von oben zugedachten Masochismus an und meinen schließlich selbst, der Wert eines Menschen hänge von seinem ökonomischen Nutzen und von einem Arbeitsverhältnis ab. Viele von ihnen glauben sogar, die zahllosen TV-Dokumentationen über soziale Abstiege, in denen politisch-ökonomische Ursachen der Verarmung gar nicht zur Sprache kommen, zeugten von einem Interesse an ihrem Schicksal. In Wirklichkeit jedoch richten sich diese Beiträge an die noch nicht Arbeitslosen und mahnen zu folgsamer Bescheidenheit.

Wer die politische Lethargie durchbrechen will, muss zunächst – ganz zweckfrei – wieder zu einem tieferen Verständnis vom Menschen gelangen. Wir sind dazu bestimmt, unser Rückgrat aufrecht zu tragen, übrigens auch unabhängig von politischer Leistungserbringung. Es sind nun dieselben Politiker, die im eigenen Land besitzlose Menschen zynisch belehren oder offen verachten, die Migranten faktisch als Untermenschen ansehen, die in fernen Ländern foltern lassen oder Folterung begünstigen und denen die Würde von Menschen außerhalb ihres machtpolitischen Wirkungskreises offenbar rein gar nichts bedeutet. Ich glaube, Würde könnte das richtige Wort sein. Aber es wäre ein zu zerbrechliches für ein plakatives Motto. Ein solches müsste vermitteln, dass es vor, in und nach den Protesten von Heiligendamm nur eine einzige Angst geben sollte: die Angst vor Gleichgültigkeit.

[http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25295/1.html]

Hamburg ist eine so schöne Stadt: Eltern schmeißen ihre Babys vom Hochhaus, Selbstmord und Amoklauf werden zum postmodernen Lebensentwurf, oder man macht drei Jobs und sammelt Flaschen, um seine Miete zu bezahlen. In den letzten 25 Jahren hat sich die einst blühende Hafenstadt drastisch verändert. Woran misst sich hier heute Erfolg, und wo beginnt der Abstieg? Gesellschaftliche Anerkennung bleibt dabei so existenziell wie uncool. Die Stärke von illegalem Graffiti lag schon immer darin, dass es sich jenseits von dieser Bestätigung entwickelte und seinen Weg bahnte. Viele der nach Hamburg Zugezogenen kamen letztendlich gerade in die Hafenstadt, weil sie lange Zeit für alternative Lebensentwürfe stand:

Bauwagenplätze, besetzte Häuser, Kunst und Kultur jenseits des Mainstream. Ein Teil der Einwohner übte sich regelmäßig in Protestkultur und ließ sich nicht auf ein hilfloses Konsumentendasein reduzieren. Die Kunst der Tricks und Listen im alltäglichen Umgang mit Stadt wurden hier einst zelebriert. Und auch Graffiti gehört zu diesen Strategien. ERIC war einer der ersten Writer in Hamburg, und so reflektiert seine Person auch 23 Jahre Graffiti-Geschichte und Hansestadt-Historie. Seine sehr eigene Auffassung von Graffiti, die weit über den klassischen NY-Style hinausgeht, spiegelte sich stets in seinen Bildern und Worten wider...

Ich finde diese Welt grausam“, sagt ERIC geradeheraus. Trotzdem versucht er, in einen Einklang mit „dieser immer verrückter werdenden Welt“ zu kommen und das Beste aus jedem Tag zu machen. Was ihm mal besser, mal weniger gut gelingt. Ohne Familienrückhalt, mit einem Hauptschulabschluss und einer respektablen Plattensammlung versucht er sich sein Stück Fteiheit zu erhalten. Dabei spielt Graffiti eine wichtige Rolle, denn Graffiti bedeutet für ihn Freiheit: „Das zu präsentieren, was ich will und wo ich will, Graffiti ist ein wahnsinniges Medium. Das, was die Hip-Hop-Szene als Graffiti bezeichnet, ging in Amerika in den Sechzigern los, aber für mich fängt Graffiti schon viel früher an. Politische Parolen gehören auch dazu. Das Thema ist weit. Wenn man sich Zirkusmalereien aus dem 19. Jahrhundert ansieht, merkt man, dass fast alles im Prinzip schon da war. Manchmal denke ich, wir sind die Höhlenmaler der Endzeit“, so ERIC. Zunächst sprühte ERIC hauptsächlich Schriftzüge und Schablonengraffiti und fing erst nach einigen Jahren, durch den Kontakt zu anderen Malern, damit an, seinen Namen zu schreiben. Und auch dabei hatte er seine ganz eigene Herangehensweise, obwohl er wie viele durch Fernsehdokumentationen über NY-Graffiti Anfang der achtziger Jahre zum Malen kam, musste er nie nur das malen und vor allem nicht stundenlang: „Irgendwann ist das Bild fertig, und dann ist es, wie es ist. Das nächste Bild wird dann wieder anders. Ich habe in den Achtzigern zwar auch Züge gemalt, habe aber in dieser Zeit Wände bevorzugt. Meine Motivation war eher, dass das Bild möglichst lange dableibt. Illegales Graffiti muss schon plakativ sein“, konkretisiert der Oldschooler seine Einstellung.

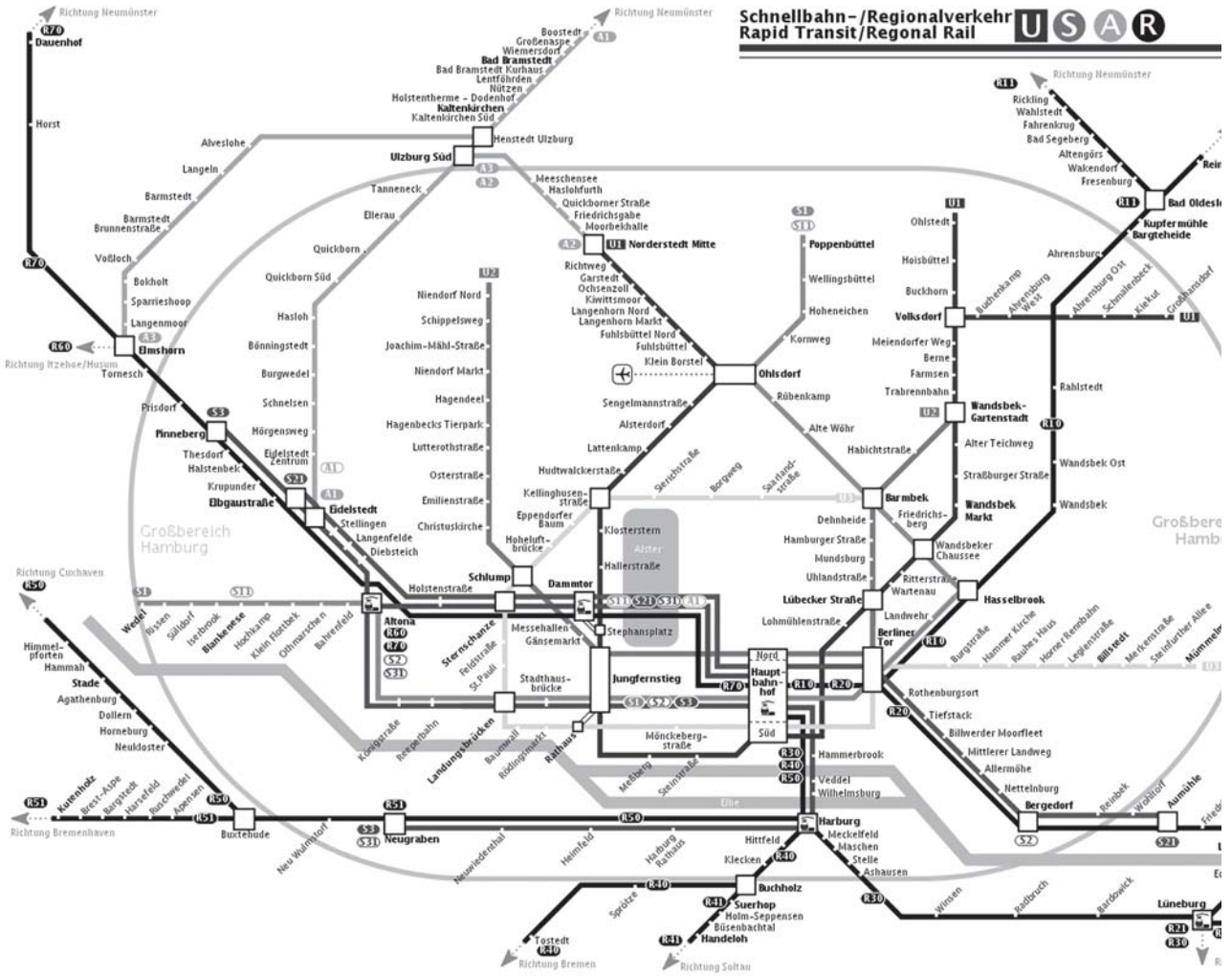
Fraglos ist ERIC einer der respektiertesten Maler in Hamburg, aber Andersartigkeit provoziert auch immer eine gewisse Ablehnung, besonders bei jenen, die seine Bilder außerhalb ihres Gesamtkontexts bewerten, was ERIC durchaus bewusst ist: „Mir weht immer dieser Hauch hinterher, ich könnte ja gar nicht malen. Deshalb hatte ich schon ab und an den Gedanken, mal ein Bild zu malen, wofür mir 90 Prozent der Maler auf die Schulter klopfen würden, aber mein Denken ist eben nicht so, weshalb ich das auch nicht machen muss. Ich bin so oder so ein Aspekt der Graffiti-Szene, und da male ich, wie ich Bock habe. Das ist ja gerade die Freiheit von Graffiti. Einfach an die Wand gehen, ohne dir vorher Gedanken zu machen. Das finde ich besser, als zu versuchen, wie dieser oder jener zu malen, um dadurch diese oder jene Reaktion zu bekommen“.
Oft geht es ERIC beim Graffiti um Inhalte, wo es besonders wichtig ist, dass die Farbe möglichst schnell auf die Wand kommt, denn bei politisch motiviertem Graffiti ist das Maß der Strafverfolgung ein anderes. Auch deshalb geht ERIC lieber alleine los und bestimmt selbst, wann er loslegt und aufhören muss, aber eben auch, weil seine Definition von Graffiti eine andere ist: „Es ist schade, dass sich viele leider nur darauf reduzieren, „ich“ zu malen, aber das musste ich akzeptieren. Ich nehme mich als denkenden Menschen wahr, und deshalb ist die Übersetzung ins Visuelle bei mir eine andere. Ich übersetzte auch meine Meinung an die Wand. Das ist ein Teil von mir und zeigt, wie ich ticke. Bei einem Bild wie .Scheiß Politiker Bestechliche’ würden wieder viele sagen, das hat keinen Style. Aber für mich ist das stylisch und hat seinen ganz eigenen Flow.“ Viele seiner Bilder haben einen erfrischenden Punk-Rock-Faktor, was zum einen sicherlich an seiner speziellen Auffassung von Graffiti liegt, aber auch an der Musik, die ihn in den Anfängen seiner Graffiti-Zeit begleitete: „Wie viele zu der Zeit habe ich Heavy Metal, Rock oder auch Punk gehört, aber habe mir 1983 ebenso den Wild Style’-Sampler geholt oder Kurtis-BIow- und Funk-Platten. Ich hatte immer eine sehr gemischte Plattensammlung, aber der größte Anteil ist heute Rap. Denn die Anbindungen der Maler untereinander entstanden natürlich auch durch die Partys und Musik.“

So hat ERIC dann auch lieber Partys, Konzerte oder Writer-Corners organisiert, statt

mit einer Crew oder Kollegen malen zu gehen, denn dafür muss dann schon alles stimmen: „Jemanden dabeizuhaben, ist ein Luxus, und Graffiti ist ja ohnehin sehr kommunikativ, das gehörte schon immer dazu, so wie das Reisen oder auch die negativen Seiten. Ich muss nicht um jeden Preis malen. Wenn es sich nicht ergibt, dann eben nicht. Ich hab dann lieber Veranstaltungen organisiert und so die geselligen Aspekte genossen“, erläutert er die Zusammenhänge. So war ERIC damals auch viel auf Jams: „Was Storm eindrucksvoll in seinem Buch beschrieben hat, ich war auf fast jeder dieser Jams und auch viel in der Schweiz.“

Obwohl ERIC beobachtet, dass die Maler heute versuchen, möglichst gut und perfektionistisch zu sprühen, scheint sich der inhaltliche Ausdruck von Graffiti parallel dazu rückläufig zu entwickeln und abzuflachen, aber er räumt ein, dass dies auch seine gute Seite hat: „Ich bin froh, dass die Rechten das Medium für sich noch nicht wirklich entdeckt haben.“ Man könnte sagen, ERIC tendiert zu Extremen. So bewegte er sich in seiner Anfangszeit als Maler eher in einem Umfeld mit Rechtseinschlag: „Da gab es schon auch mal die Anfrage, ob ich nicht ‚Bramfeld Hooligans’ an die Wand sprühen könnte, aber zum Glück hab ich sowas nie gemacht. Aber dort, wo sich Graffiti zunächst verbreitet hatte, in der Unterschicht und Arbeiterklasse, war Gewalt auch ein alltäglicheres Phänomen, in der Familie wie auch im Freundeskreis. Damit musste ich mich zwangsweise viel auseinandersetzen. Später habe ich mich dann in linksradikalen Strukturen bewegt. Was dann das andere Extrem war.“
Obwohl das ein Umdenken in Bezug auf gewalttätiges Verhalten zur Folge hatte, waren auch diese linken Strukturen selbst von Gewalt eingenommen. Weshalb sich ERIC nicht immer von seiner friedlichsten Seite gezeigt hat: „Daran merkte ich, dass auch in mir ein gewisses Gewaltpotenzial vorhanden ist. Man kann deshalb sagen, dass ich mich schon mein ganzes Leben mit dem Thema Gewalt von verschiedenen Seiten auseinandergesetzt habe“, analysiert ERIC gekonnt seine Vergangenheit.

Nachdem er sich vom Wohnen in linken Strukturen verabschiedet hatte, musste er lange ein neues Zuhause suchen, das akzeptabel und bezahlbar war. Dieses ewig scheinende Bewerben für die eigenen vier Wände ist in Hamburg heute Standard und hängt mit Umstrukturierungsprozessen zusammen. 1980 gab es in Hamburg lediglich zwei Stadtteile, die man als soziale Brennpunkte bezeichnete, neun Jahre später waren es bereits vierzehn. Die Zahl der wohlhabenden Stadtteile blieb bei zehn, wobei das durchschnittliche Einkommen dort zunächst doppelt so hoch war und 1989 in den Top 5 dreizehnmal so hoch. Hinter dem Konzept „Metropole Hamburg — wachsende Stadt“ verbirgt sich der Wunsch nach Bevölkerungswachstum durch „High Potentials“, die Steuergelder mitbringen, denn die Hansestadt ist seit Jahrzehnten nicht mehr gewachsen. Eine der Ursachen sind auch die hohen Miet- und Grundstückspreise. Deshalb sollen Eigentumswohnungen und Eigenheime in kinderfreundlicher Umgebung gefördert werden. Das Mietwohnungsbauprogramm ist dagegen zusammengestrichen, die Sanierungsmaßnahmen sind halbiert worden. Parallel soll die Attraktivität und internationale Bekanntheit der Stadt durch Prestigeprojekte wie das der Eibphilharmonie steigen, die 186 Mil-lionen Euro kosten wird, wovon die Stadt 77 Millionen übernimmt. ERIC hat schließlich eine schöne Wohnung gefunden, aber sie liegt am Rande der Stadt in einem Hochhauskomplex, wo hauptsächlich Familien stranden, die sich die wirklich attraktiven Stadtteile nicht leisten können. Hier suchr man trotz des mediokren Ghettoflavours vergeblich nach Tags oder Throw-ups. Optisch schon fast ein Flashback in die Anfangszeiten, nur dass die politischen Parolen und die Verfassungsbekundungen weniger geworden sind. ERIC beschreibt, wie dezent Hamburg damals geschminkr war: „Es gab schon ein paar Leute, die richtiges NY-Style-Grafifiti gemacht haben. Aber das fiel nur denen auf, die einen Blick dafür harten.



1983/84 gab es auch schon ein paar Bilder an der Line, aber auf Zügen gab es zu der Zeit kaum etwas.

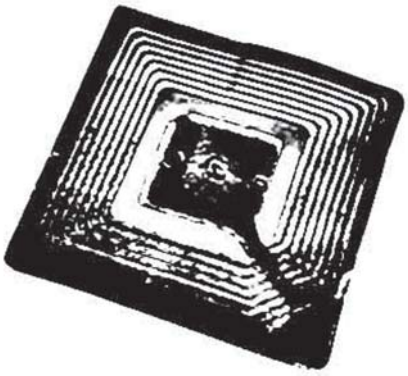
Später konnte man vermehrt Namen wie Mr. W, JUICE, WHO, TMC, JASE, SKENA, ZACK, TDS, MIRO (HESH), die GKs, ACKs sehen. Und Sprüche oder Polit-Graffiris sowie gangorientierte Pieces — diese Maler schrieben zwar ihre eigenen Namen, aber als Reviermarkierung", berichtet ERIC. Hamburg hatte dann in den neunziger Jahren diesbezüglich seine heiße Phase. Graffiti wurde immer populärer und die Szene zunehmend gemischter, was ERIC auch positiv bewertet: „Das Austesten sollte schon auf möglichst vielen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden. Was die Leute im Endeffekt damit dann machen oder dabei mitnehmen, ist eine andere Frage. Aber es führte dazu, dass es in den neunziger Jahren unglaublich viel Graffiti in Hamburg gab. Ich musste mir deshalb eine Filmkamera besorgen, um es irgendwie fesrzuhalten. Gruppen oder Personen wie DSF, BIA, COS, DAIM, CANDE oder auch OZ sind aus Hamburg nicht wegzudenken. In den Neunzigern gab es so viele, die gut gemalt haben - man musste sich nur an den Hauptbahnhof stellen und filmen", veranschaulicht ERIC diese üppigen Jahre.
ERIC ist überhaupt einer der wenigen der den Output von Leuten wie OZ dokumentiert hat: „Der hat zigtausendmal mehr gemalt als viele, viele andere. Und man hat auch einfach gesehen, dass er sich an der Wand entwickelte. Er malte bewusst an krassen Orten, einfach um zu zeigen, dass es dort möglich war. Er hat das Medium erkannt."

Aus ERIC's Filmexkursionen ergaben sich dann 1998 und 2000 die Graffiti-Videos „Hamburg Graffiti Film" und „Manche Mögens Bunt", für die ERIC jeweils über 100 Stunden Material filmte; ein Teil seines Materials wurde in „Hamburg Metall" weiterverarbeitet. Die Filmvorführungen im Herzen Hamburgs bleiben unübertroffen.
Aus den achtziger Jahren hat ERIC noch eine sehr vertretbare Fotosammlung, die bisher nur wenige zu Gesicht bekamen. So sind lediglich ein dutzend Fotos von ERIC veröffentlicht worden. Einige der wenigen Kostproben kann man sich im „HamburgCityGraffiti"-Buch ansehen, oder man war dieses Jahr bei seiner Ausstellung in der „Vicious Gallery" in Hamburg. ERIC hat sich nie irgendwelche quantitativen Ziele gesetzt. Seine Aktivität geht konstant auf und ab, während Graffiti ein fester Bestandteil in seinem Leben bleibt. Auch wenn sich seine Betätigungsfelder mit dem Älterwerden verlagert haben: „Heute muss ich mir schon ab und an was verkneifen, denn damals waren wir jung und die Bullen durchschnittlich Mitte dreißig und nicht unbedingt die Trainiertesten, heutzutage sind die Polizisten Mitte zwanzig und gut trainiert. Und das ist schon ein Unterschied, wenn du selbst über dreißig bist. Ich kann aber auf eine lange Zeit zurückblicken, dadurch verändert sich für mich die Perspektive auf Graffiti, die Beteiligung daran oder auch die Betrachtung dessen. Vorstellen kann ich mir in Bezug auf Graffiti vieles."

Manchmal wünscht ERIC sich, er wäre bei legalen Bildern nur halb so engagiert wie bei den illegalen: „Viele leben davon, dass sie Auftragsarbeiten machen, und ich könnte auch mehr Geld gebrauchen - aber leider ist nie jemand dabei der sagr: Sprüh mir doch mal ‚Freiheit für Christian Klar' an die Wand."

LADENDIEBSTAHL...

...Sicherlich in unserer Gesellschaft weit verbreitet, aber bestimmt nicht tolerierbar!
Deshalb werden euch auf den folgenden Seiten in einer schonungslosen Reportage die Ausmaße dieses Phänomens dargestellt und praktische Tipps erläutert, damit ihr euch wehren könnt...



(bwl) Es ist Dienstagmittag. Ich befinde mich in einem größeren Kaufhaus und beobachte Florian G. (Name von der Redaktion geändert), wie er in der Sportabteilung neue Sportschuhe eines bekannten Sportartikelherstellers anprobiert.

Die Schuhe sind auf 49,90 Euro reduziert und der Jugendliche sucht zwischen den zahlreichen Schuhkartons die passende Größe für sich heraus. Bis auf eine junge Kassiererin, welche sich anscheinend nicht für das Geschehen im Laden interessiert, befinden sich keine Angestellten in der Nähe. Wahrscheinlich sitzen sie gerade in der Mittagspause im Personalraum. Florian habe ich über einen Bekannten kennen gelernt, welcher mir von dessen Treiben in verschiedenen Warenhäusern erzählte, wo sich der selbst ernannte 'Gelegenheitsdieb' regelmäßig kostenlos im Angebot bedienen würde. Ungläubig ging ich der Sache nach und traf mich mit Florian. Nun demonstriert er mir, wie leicht es ist, die alten Schuhe in den Kartons zu 'entsorgen' und mit den neuen, unbezahlbaren Markenschuhen - zappzarapp - aus dem Laden zu spazieren. Tatsächlich: Es klappt ohne Probleme und es wird sicherlich einige Zeit dauern, bis jemand die Tat bemerken wird.

Später verrät er mir, dass es sich dabei um eine seiner leichtesten Übungen handele. Wäre ich tatsächlich ein Kunde oder Verkäufer gewesen, „so hätte vielleicht ein Freund" von ihm „diesen abgelenkt", aber am heutigen Dienstagmittag diente ich ihm als gute Ablenkung: Mein alternativer Kleidungsstil würde wahrscheinlich viel eher die Aufmerksamkeit etwaiger Beobachter auf mich ziehen als auf ihn mit seinem gepflegten äußerem Erscheinungsbild (wahrscheinlich war er komplett mit Diebesgut eingekleidet).

Es dürfte für jeden nachvollziehbar sein, dass sich durch solches(Fehl-) Verhalten der Umsatz der Unternehmen verringert und der Schaden in erster Linie bei den Aktionären hingen bleibt, und folglich deren Dividende sinkt! Und was passiert, wenn doch mal ein Täter geschnappt wird? Nichts! Florian klärt mich auf: „Ist dieser vorher nie strafrechtlich in Erscheinung getreten, so stellt der Ladendiebstahl - so fern sich der Wert des Diebesgutes unter 50 Euro befindet - lediglich eine Ordnungswidrigkeit dar." Meine Recherchen bestätigen diese Tatsache. Auch sollte möglichst wenig Geld mitgeführt werden, damit einem im Nachhinein nicht unterstellt werden kann, man hätte sich das Diebesgut ja auch kaufen können. Der Ladendieb bekommt also höchstens eine geringe Geldstrafe und - oh wie schlimm - ein Hausverbot im entsprechenden Laden für ein Jahr. Selbst die Geldstrafe muss nicht mal der Fall sein, da die deutsche Justiz die Verfahren in der Regel wegen Geringfügigkeit einstellt. Da kommt ja jeder Schwarzfahrer schlechter davon!

Für die Ladendiebe lohnt sich das natürlich umso mehr, sie können immer wieder auf's Neue 'auf Tour gehen' und sich jeweils mit Waren im Wert von unter 50 Euro davon machen. Nicht wie beispielsweise in Italien, denn dort müssen die Täter damit rechnen, noch 50 Meter vom Laden entfernt von der Polizei angehalten zu werden, um den Einkaufsbon vorzuzeigen. Doch müssen sie wiederum aufpassen, dass sie im Falle einer Aufdeckung des Diebstahls, keine Waren aus einem anderen Laden mit sich führen, denn sonst werden die Warenwerte zusammengezählt und es wird schwerer/organisierter Diebstahl aus dem Vergehen. Auch ist in diesem Fall mit einer kleineren Hausdurchsuchung zu rechen, wo sich ebenfalls kein offensichtliches Diebesgut befinden darf. Aber natürlich ist es schwer, vergangene Taten nachzuweisen und die Hausdurchsuchung ist auch eher der Ausnahmefall. Es sei denn, jemand lässt sich tatsächlich mit geklauten Waren im höheren Wert erwischen und diese auch danach aussehen, dass er sie sich nicht für den Eigenbedarf sondern für den Weiterverkauf besorgt hat. Dies wird selbstverständlich niemand zugeben!

Die Dunkelziffer ist enorm hoch, auch wenn beispielsweise im Jahr 2005 über 460.000 Ladendiebstahl-Anzeigen in Deutschland gestellt wurden, gerade weil Täter wie Florian aus Erfahrung wissen, dass viele Kameras oder Ausgangskontrollen nur billige Attrappen sind und sie sich immer besser tarnen: „Piept's doch mal am Ausgang, weil ich die Sicherung in(!) der neuen DVD-Hülle übersehen habe, was äußerst selten vorkommt, und nur das außen aufgeklebte Etikett abgerissen habe, so geh ich ganz normal weiter, als sei nichts gesche-

behauptet Florian, „außerdem bin ich nur in kleineren Städten unterwegs und nicht in Metropolen wie Hamburg oder Bremen“. Gehen sie geschickt vor, so entkommen sie also immer, die Ganoven, ohne gestellt zu werden. - Dabei ist ihnen genau bewusst, dass sie gerade den großen Konzernen und Einkaufsketten mit ihren Taten schaden, welche die Kosten für weitere Sicherheitsmaßnahmen auf die (ohnehin überteuerten) Waren umlegen müssen. „Die Zeche“, so Einzelhandelskaufmann Hartmut M., „zahlt am Ende der ehrliche Kunde!“ Dabei sollte beachtet werden, dass es nicht nur Jugendliche gibt, die auf die schiefe Bahn geraten sind. Auch Rentnerinnen und Rentner oder die gelangweilte Hausfrau von nebenan können sehr gut der üblichen Tätergruppe zugeschrieben werden.

Damit ihr euch besser schützen könnt, wenn ihr selbst mal in der Unternehmensführung oder im Verkauf tätig seid, werden hier nun die bekanntesten Tricks der Gauner vorgestellt:

Die gebräuchlichste Methode
Die Ware verschwindet direkt in der Einkaufstasche, in großen Manteltaschen oder in weiten offenen Jacken. Meist wird diese Methode von so genannten „Gelegenheitsdieben“ angewandt, die heutzutage wieder wesentlich häufiger zu beobachten sind. Es ist besonders verdächtig, wenn ein Kunde im Frühjahr oder gar im Sommer mit einer dicken Jacke oder einem Mantel bekleidet das Geschäft betritt.

Der „Trojanische Pferd“-Trick
Hier handelt es sich um einen wirklich professionellen Trick. Eine offene, präparierte Handtasche wird auf einen Warenstapel gestellt. Der Ladendieb täuscht dann vor, etwas in der Tasche zu suchen. In Wirklichkeit öffnet er die im Boden der Tasche eingelassene Klappe und zieht die unter der Tasche befindliche Ware hinein. Dieses Vergehen ist kein Ladendiebstahl, sondern bereits vorsätzlicher bzw. einfacher Diebstahl, so dass eine Strafanzeige zu erstatten ist!

Der „Präpariertrick“
Neue Ware wird so „präpariert“, dass der Eindruck erweckt wird, sie sei bereits ins Geschäft mitgebracht worden. So werden zum Beispiel eine angebrochene Zigarettenpackung, ein Schlüsselbund und vielleicht auch Streichhölzer in den Taschen einer neuen gestohlenen Jacke positioniert.

Der „Klaukoffertrick“
Bei diesem Trick gehen Diebe in folgender Weise vor: Ein als Geschenk präparierter hohler Karton wird in einer Tasche ins Geschäft mitgebracht. Das Band der Geschenkverpackung umschließt den Karton augenscheinlich fest. Das Band läuft jedoch keineswegs durchgehend, sondern verbirgt optisch einen an der Oberseite des Kartons angebrachten Klappdeckel. Ebenfalls kein Laden-, sondern einfacher Diebstahl!

Der „Verwirrtrick“
Der Ladendieb verwickelt mehrere Mitarbeiter in ein Verkaufsgespräch und lenkt somit die Aufmerksamkeit auf sich. Derweil kann ein Komplize im Geschäft sich als Ladendieb betätigen. Hier ist es unbedingt erforderlich, dass sich der Verkaufsmitarbeiter sofort Unterstützung durch einen zusätzlichen Mitarbeiter holt, wenn er „Verdächtiges“ bemerkt oder ein „ungutes“ Gefühl hat. Sollte nachgewiesen werden, dass sich die Beiden kennen, wird die Tat nicht als Ladendiebstahl, sondern als gemeinschaftlicher Diebstahl bestraft!

„Gebrauchte Kassenbons“
Häufig ist gerade im Lebensmittelbereich festzustellen, dass Kunden ihre Bons an der Kasse liegen lassen. Mit einem solchen Bon kann ein Ladendieb „einkaufen“ gehen. Er sucht nach den eingetippten Preisen die Waren aus und packt sie in seine Tasche. Zur Tarnung wird noch ein zusätzliches kleines Teil gekauft, das er „vorher vergessen hatte“. An der Kasse wird nur noch das neue Teil bezahlt und der Kassenbon als Legitimation für die anderen Waren vorgelegt. Hier handelt es sich nicht mehr um Ladendiebstahl, sondern um den Tatbestand des Betrugs. Folglich ist mit einer Strafanzeige zu rechnen

Der „Zwiebeltrick“
Diese Methode wird häufig im Textilbereich angewendet. Sie bezieht sich auf das Übereinanderziehen von mehreren Textilien in der Umkleidekabine. „Überflüssige“ Etiketten werden in Hohlräumen, etwa hinter dem Spiegel, „entsorgt“. Festgeklemmte Hartplastiketiketten können mit Gewalt - sofern sie keine Farbe enthalten - durch leichtes Ziehen abgetrennt werden (oder mit dem Gebrauch einer Zange). Sie hinterlassen nur ein millimetergroßes Loch in der Kleidung, welches zu Hause wieder problemlos zugenäht werden kann. Da die meisten Betrügereien und Diebstähle in Kaufhäusern oder im Textilfachhandel in der Umkleidekabine passieren, ist es immer wieder notwendig, alle Verkaufsmitarbeiter zu sensibilisieren, diesen Bereich mehrmals am Tag auf Etiketten oder leere Bügel zu kontrollieren. Bei diesem Trick wird die Ware in der Regel beschädigt, so dass er eine Straftat darstellt und härter bestraft werden kann!

Der „Zeitschrift-in Zeitschrift-Trick“
Eine teure Computerzeitschrift oder ein anderer teuerer Artikel wird in eine wesentlich günstigere Zeitschrift gesteckt. Hierbei ist immer die Aufmerksamkeit der Kassenmitarbeiter gefordert, dieses zu kontrollieren.

Der „neue“ Taschentrick
Die mitgebrachten Taschen (Handtaschen, Reisetaschen) sind mit Aluminium-Folie ausgekleidet, so dass das Alarmsystem nicht reagiert. Wird der Dieb bei dieser recht sicheren Methode (!) erwischt, so handelt es sich um eine Straftat und er muss mit einem Gerichtverfahren rechen.

Der „Deponier-Trick“
Häufig wird dieser Trick bei Textilwaren mit meist zwei Personen angewandt. Eine Person nimmt zwei oder mehrere Teile in die Kabine und lässt bewusst ein Teil zurück. Die zweite Person trägt offensichtlich ein Teil in dieselbe Kabine. Das dort deponierte Teil steckt sie ein oder zieht es unter ihre eigene Kleidung.

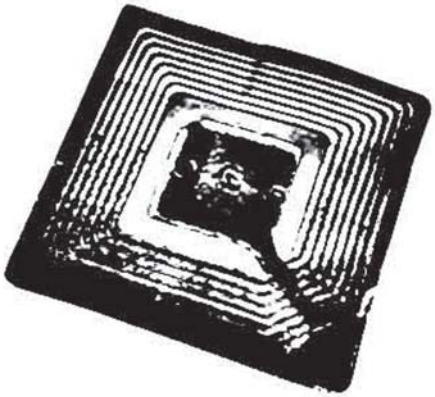
Der „Fenster-Trick“
Manche Geschäfte oder Kaufhäuser haben in den Verkaufsräumen Fenster, die bei entsprechenden Witterungsbedingungen geöffnet werden. Geschickte Ladendiebe nutzen diese Fenster, wenn sie nicht verschlossen oder vergittert sind, um Waren hinauszuwerfen, die dann ein zweiter Komplize aufnimmt.

Der „Konzessionärs-Trick“
Viele SB-Warenhäuser und Kaufhäuser haben auf den einzelnen Verkaufsetagen Konzessionäre wie etwa Frisöre oder Restaurants. Häufig sind die Eingänge zu diesen Extrabereichen nicht mit einer Alarmschleuse versehen. Dies wird von Ladendieben genutzt, um unbezahlte Ware aus dem Kaufhaus etwa mit in das Restaurant zu nehmen, um dort die gestohlenen Waren zu verstecken.

Der Schubladen-Trick
Häufig wird in den Geschäften vom Verkaufspersonal vergessen, Schubladen oder Unterschränke zu verschließen, in denen sich ungesicherte Ware befindet. Vor allem bei hochwertigen Waren (Rasierapparate, Uhren, Lederkleinwaren, Kameras) besteht so ein sehr hohes Diebstahlrisiko.

Welcher Trick auch immer angewendet wird, fest steht: So fern der Täter sich bis dahin noch nie etwas zu schaden kommen lassen hat und Reue zeigt mit die Strafe sehr gering aus und er hat keine Folgeschäden, wenn er denn doch einmal ertappt wird. Weder gilt der Täter hinterher als vorbestraft noch wird etwas in seiner polizeilichen Führungsakte vermerkt, so fern er es nicht übertreibt (z.B. 50 Euro-Grenze wird eingehalten etc...). Am Ende noch folgender Appell: Solltet ihr mal selbst einen Ladendieb auf frischer Tat erwischen, so schaut nicht weg, sondern stellt ihn zur Rede, damit sich die Konzerne in Zukunft noch sicberer fühlen können und der Markt wieder seinen eigenen Gesetzen folgen kann!

Quelle: out of control #9



'DOKUMENTATION.

Offener Brief.

30. April 2007 in provinz

Liebe Nord-West-Zeitungs Redaktion,

ihre Berichterstattung zu politischen Themen aus der Region ist uns schon öfter aufgefallen. Während der Proteste gegen das Lager Blankenburg, gipfelte ihre Berichterstattung beispielsweise in einem Essensplan. Da wurde Kantinen-Essen präsentiert, dass wirklich lecker aussah und sie machten klar: „Dagegen wird protestiert". Das Problem: Kein Wort war wahr. Wir haben damals darauf hingewiesen.
Einige Zeit später präsentierten sie – anlässlich der NPD Provokation am 11. März – einen Artikel, in dem sie die Behauptung aufstellen, es sei dem „Ordnungsamt" zu verdanken, dass eine Störung der städtischen Veranstaltung gegen „Rechtsextremismus" im PFL durch die Nazis verhindert wurde. Sie „vergaßen" die couragierten Oldenburger BürgerInnen und die AntifaschistInnen, die den Eingang des PFL's blockierten und damit ein Eindringen der NPD verhinderten. Es gab auch kein Wort der Kritik am Oberbürgermeister Schwandner, der die Nazis mehrmals eingeladen hatte und damit seinen Teil dazu beitrug, dass die Nazis das schließlich auch probierten. Wir haben auch darüber berichtet.
Was nun aber in der vergangenen Woche, in ihrer „Zeitung" zu lesen war, ist eine wirkliche Unverschämtheit: Da wurde über einen Prozess gegen einen Antifaschisten berichtet. Unter der reißerischen Überschrift „Angriff auf NPD-Stand kostet vor Gericht 600 Euro" machen sie klar, dass wer „sich zusammenrottet" um gegen die NPD zu protestieren, in Zukunft nicht nur mit einem Prozess, sondern auch mit einem Bericht von ihnen rechnen darf. Das hat uns nicht überrascht. Überrascht hat uns die Dreistigkeit, mit der sie über einen Prozess berichten, über den sie gar keine Informationen haben können. Schließlich war leider keiner ihrer rasenden ReporterInnen anwesend und es gibt auch keine Pressemitteilung des Amtsgerichts.
Kein Wunder das ihr Artikel eine Ansammlung von falschen Behauptungen und Fehlinformationen ist.
Es folgen 4 Punkte, die das ziemlich offensichtlich werden lassen. Mit den kleineren Unwahrheiten geben wir uns an dieser Stelle gar nicht ab. Nur so viel: Wenn sie noch nicht einmal in der Lage sind, das korrekte Alter des Angeklagten anzugeben, weist das schon darauf hin, dass sie sich noch nicht einmal richtig informiert haben.
Kommen wir nun zu den vier größten Verdrehungen in ihrem Artikel:

1. Die Zahlen.
Sie behaupten, dass lediglich „drei bis vier NPD Anhänger" am Infostand anwesend waren. Wenn sie sich – erstens - die Mühe gemacht hätten, den Prozess auch anzuschauen, hätten sie von zahlreichen ZeugInnen hören können, dass mindestens 15 Nazis anwesend waren. Ausgesagt wurde das unter anderem von „erfahrenen Polizeibeamten" (O-Ton Richter Lübben) wie dem Präsidenten der "Polizeidirektion Oldenburg / Ammerland" Johann Kühme. Das beweisen aber auch – zweitens - zahlreiche Fotos, die seit Monaten im Internet veröffentlicht worden sind. Wenn sie also noch nicht einmal zum Prozess erscheinen, hätte ein Blick ins Netz genügt. Aber auch wenn googlen nicht ihre Stärke ist, hättet sie sich – drittens – die Presseerklärungen der „Rechtshilfe" anschauen können, die ihnen zugeschickt worden sind. Es gibt also mindestens drei Möglichkeiten um zu recherchieren und Informationen zu verifizieren. Was machen sie? Sie nutzen keine davon. Das dies den Grundregeln seriösen Journalismus widerspricht müssen wir ihnen hoffentlich nicht erklären. Es scheint aber so: Schließlich ist ihr Artikel ein Armutszeugnis für ernsthaften Journalismus.

2. "Ausgleichende Gerechtigkeit?"
Sie sprechen in ihrem Artikel von „ausgleichender Gerechtigkeit", weil auch 2 der 3 (!) Nazis in Gewahrsam genommen worden wären. Wenn sie von 2 der 15 (!) Nazis geschrieben hättet, wäre diese Aussage sogar fast wahr. Lassen wir an dieser Stelle, noch einmal Polizeipräsident Kühme zu Wort kommen: Der sagte in dem Prozess aus, dass er zwei der 15 Nazis in Gewahrsam nehmen musste, weil sich diese nicht an einen „Platzverweis" halten wollten. Die Bewaffnung der Nazis spielte leider keine Rolle. Diese wurde – von den BeamtInnen in Zivil – die nicht als PolizistInnen erkennbar waren, augenscheinlich toleriert. Polizeipräsident Kühme sprach vor Gericht sogar von einem „Akt der Nothilfe".
Das sich Nazis bewaffnen dürfen um protestierende AntifaschistInnen anzugreifen , dass ist der eigentliche Skandal und es wäre schön, wenn sie darüber berichtet hätten. Statt dessen sprechen sie von „ausgleichender Gerechtigkeit". Das tun sie, um die Prozesse zu legitimieren: Egal wer Gewalt verübt, der Staat würde alle die dies tun, zur Rechenschaft ziehen. Dabei sagen die AnhängerInnen der NPD sogar gegen die AntifaschistInnen aus. Ein Verfahren ist nie gegen sie eröffnet worden. Es wird keine Prozesse gegen die Nazis geben. „Ausgleichende Gerechtigkeit" ist dies ganz sicher nicht.
Wäre es ihnen um eine objektive Berichterstattung gegangen, hätten sie darauf hinweisen können, dass der Richter sich in seinem Urteil gegen den AntifaschistInnen sogar explizit auf die Nazi-Zeugen berief. Ein Richter, der die Aussagen der Nazis als Grundlage für sein Urteil nimmt; das wäre ein weiterer Skandal, über den sie berichten könnten. Doch nichts davon ist der Fall.

3. Zitate aus dem Märchenland.
Um ihren Artikel so richtig „rund" zu machen, geben sie angebliche Zitate aus dem Prozess wieder. Der Verteidiger Hans Henning Adler, der „zugleich Ratsherr der Linkspartei" sei, wolle von einem „Landfriedensbruch" nichts wissen, ist das einzige, was sie zu der Verteidigung des Angeklagten zu sagen haben. Das tun sie, obwohl sie ausführlich die Begründung des Richters wiedergeben und ganz klare Position beziehen in dem sie behaupten, „dass 16 Vermummte aus der Autonomen-Szene auf einen NPD-Stand zurannten und Wahlplakate zerstörten." Auch hier ist die Darstellung falsch und wird nur durch Aussagen von Nazis belegt.
Nebenbei: Wenn 14 Menschen ansgeklagt sind und weitere 3 Verfahren eingestellt wurden, sind mindestens 17 Menschen beteiligt. Wie sie da auf „16 Vermummte" kommen, ist uns - ehrlich gesagt - schleierhaft.
Lassen wir auch hier einige ZeugInnen zu Wort kommen. Kein (!) Polizist konnte ausschließen, dass wirklich alle AntifaschistInnen vermummt waren. Einige sagten aus, dass

die AntifaschistInnen – zu mindest zeitweilig – nicht vermummt waren. Kein (!) Polizist sagte aus, dass alle (!) AntifaschistInnen Wahlplakate zerstört hätten. Dies seien die Taten einer einzelnen Gruppe von 4 bis 5 Menschen gewesen, die nicht zwangsläufig mit den anderen AntifaschistInnen identisch sein müssen. Aber es klingt eben einfach bedrohlicher, wenn von einer Gruppe die Rede ist, die sich „zusammenrottet“ um „Wahlplakate zu zerstören“.
Dann lassen sie Richter Lübben zu Wort kommen, der den Anwalt des Angeklagten gefragt haben soll, „ob er es denn als witzig empfinde, wenn Vermummte auf seinen Wahlstand zurennen würden“. Das Problem an diesem Zitat ist, dass es dies in dieser Form nicht gegeben hat.
Der Richter richtete sein Wort nämlich an den Angeklagten: “Wenn sie irgendwo zu dritt stehen und da kommen 50 Nazis auf sie zu, dann wollen sie die Polizei. Aber sonst immer dagegen sein. Das find’ ich schwach.“
Es klingt halt einfach besser, wenn sie dem Richter die Worte verdrehen. Sonst könnte ja auffallen was für ein Urteil gefällt wurde: Nämlich eines gegen den antifaschistischem Protest gegen die alten und neuen Nazis.
4. Das Urteil.
Wären Sie denn anwesend gewesen, dann hätten sie auch gehört, dass es dem Richter ausreichte, dass die AntifaschistInnen „dunkel gekleidet“ und „schnellen Schrittes“ auf den NPD – Infostand zuliefen. O-Ton Lübben: „In dem Moment als sie Nazis Raus riefen war das nicht mehr friedlich“. Auch diesen politischen Skandal haben sie nicht aufgegriffen. Der Antifaschist wurde verurteilt, weil er an den Protesten teilgenommen haben soll. Angeblich kaputte NPD Plakate spielten nämlich – das betonte der Richter – überhaupt keine Rolle. Es ging dem Richter Lübben nämlich alleine um das „Bedrohungsszenario“ das die AntifaschistInnen geschaffen haben sollen. Auch dies ist ein politischer Skandal. Aber auch das war ihnen keine Zeile in ihrem Bericht wert.
Sie haben ihr Urteil gesprochen, in dem sie von einem „Pilot-Verfahren“ sprechen und noch nicht einmal erwähnen, dass der Angeklagte das Recht hat gegen dieses Urteil in Revision zu gehen. Wissen sie denn nicht, dass es zu den rechtsstaatlichen Grundlagen gehört, dass jeder und jedem eine individuelle Tatbeteiligung nachgewiesen werden muss? Muss man ihnen nun auch die Grundlagen des von ihnen propagierten “Rechtstaats” erklären, den sie in ihrem Artikel mit Füßen treten?
Uns hat ihr Artikel wirklich erschrocken, denn sie verlassen damit den Grund eines seriösen Journalismus, der hinterfragt und aufklärt. Ihre Zeitung haben wir uns selbstverständlich nicht gekauft. Niemand sollte für so viele falsche Informationen und für solch eine tendenziöse Berichterstattung auch noch Geld bezahlen.
Vor einigen Tagen haben wir sie auf die größten Fehler in ihrem Artikel hingewiesen, dass war ihnen noch nicht einmal eine klärende Antwort oder einen Artikel wert.
Das zeigt deutlich: Es geht ihnen nicht um eine objektive Berichterstattung. Es geht um eine Vorverurteilung gegen alle AntifaschistInnen, die noch vor Gericht stehen werden. Das als “Hetze” zu beschreiben, wäre noch untertrieben, aber es ist ein passendes Wort für eine Berichterstattung, die statt Fakten Propaganda betreibt.

Entscheidung des Beschwerdeausschusses 1 des Deutschen Presserats

Beschwerdeführer: Oldenburger Rechtshilfe
Beschwerdegegner: NORDWEST - ZEITUNG
Datum des Beschlusses: 13.03.2007
A.Zusammenfassung des Sachverhalts

I. Die Nordwestzeitung berichtet unter den Überschriften “Innenminister verstärkt Polizeischutz” (17.10.2006) und “Auch in Osnabrück Anschlag auf Amtsleiter”(18.10.2006) (…..) über Proteste von rund 20 Personen vor dem Privathaus des Leiters der Zentralen Aufnahme-und Ausländerbehörde in Blankenburg. In der Pressemeldung der Polizei wird die Aktion als Demonstration bezeichnet. Es heißt, es sei zu einer leichten Auseinandersetzung gekommen, bei der der Leiter geringfügig verletzt worden sei. Eine ärztliche Versorgung sei aber nicht notwendig gewesen.

(….)Im zweiten Artikel heißt es im Zusammenhang mit dem Vorfall, dass es “auch” in Osnabrück,(….) einen “Anschlag” auf den dortigen Amtsleiter gegeben habe.

II. Die Oldenburger Rechtshilfe ist der Ansicht, dass die Darstellung insgesamt übertrieben ist. Aus einer leichten Auseinandersetzung würden “gewalttätige Proteste” und aus einem Angriff ein “Anschlag”. Die Verbindung mit dem Fall in Osnabrück lasse sogar die Interpretation zu, als habe es ggf. in Blankenburg einen Mordanschlag gegeben.

III. (….)

IV. Der Chefredakteur der Nordwest Zeitung weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass es sich bei der Beschwerdeführerin um eine nicht eingetragene Vereinigung im äußersten linken politischen Spektrum handele, die die gesamte Berichterstattung der NWZ (…) angreife. (…)

B Erwägungen des Beschwerdeausschusses

I. Der Beschwerdeausschuss erkennt in dem Beitrag unter der Überschrift “Auch in Osnabrück Anschlag auf Amtsleiter” eine Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht. Durch die in der Überschrift gewählte Formulierung werde der Eindruck erweckt, als handele es sich bei dem “Anschlag” in Osnabrück um eine Tatsache. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung gab es lediglich einen Verdacht… .(…) Für Überschriften gelten die selben Sorgfaltsregeln wie für die übrige Berichtersttung.

II. Die Überschrift behauptet zudem, es habe im Kontext der Demonstrationen einen Anschlag sowohl in Osnabrück wie in Oldenburg gegeben. Das ist durch Tatsachen nicht gedeckt. In der zu den Oldenburger Vorkommnissen veröffentlichten Polizeimeldung heißt es, es sei zu “leichten Auseinanderstztungen” gekommen(…). Die Bezeichnung dieses Vorgangs als “Anschlag” vermittelt - zumal in einer aufzählenden Verknüpfung mit dem Verdacht eines möglichen Anschlags auf Leib und Leben in Osnabrück- ein tatsachenwidriges Bild der Ereignisse.

C. Ergebnis

Der Beschwerdeausschuss hält den Verstoß gegen die Ziffer 2 des Pressekodexes für so schwerwiegend, dass er gemäß § 12 der Beschwerdeordnung die Maßnahme der Missbilligung wählt. Nach § 15 Beschwerdeordnung besteht zwar keine Pflicht, Missbilligungen (…) abzudrucken. Als Ausdruck fairer Berichterstattung empfiehlt der Beschwerdeausschuss jedoch eine solche redaktionelle Entscheidung.

Die Entscheidung ergeht einstimmig.

'DOKUMENTATION.

Wagentage Redebeitrag

Wagenburgen sind Freiräume. Freiräume, für viele Menschen, die andere Formen von Gemeinschaft leben, die Platz schaffen für Kreativität, für Begegnung, für kulturelle, antikommerzielle Veranstaltungen. In jeder größeren Stadt gibt es mindestens eine Wagenburg, sie gehört zum Bild und zur Vielfältigkeit jeder schönen Großstadt. Genau wie viele andere Freiräume sind sie, nicht nur für die Menschen die dort leben, sondern auch für viele Besucher und Besucherinnen wichtig.
Wagenburgen, Hausprojekte, Ko-operativen, Kollektive, Kulturzentren, sind Alternativen für Menschen die nicht im „Mainstream" untergehen wollen. Sie sind Freiräume von der kapitalistischen Norm- und Anpassungswut.

Da die Stadtoberen und Bauämter leider keinen Wert auf eine Bedeutung außerhalb einer finanziellen Rechnung legen, werden Freiräume oft als sogenannte Fehlnutzungen deklariert, in dem Versuch sie wegzuplanen.Etliche Hausprojekte und Wagenburgen unter Anderem in Hamburg, Freiburg, Berlin, Oberhausen, Mainz.... sind bereits den Umstrukturierungsmaßnahmen und Großbaustellen der Bauämter zum Opfer gefallen oder sind noch von Räumung bedroht.

In Oldenburg ist die Wagenburg bereits seit 15 Jahren Teil der Stadt. Seit 12 Jahren ist sie auf dem alten Schlachthofgelände verwurzelt und dort zu einem der wenigen und wichtigen Freiräume herangewachsen. Doch auch dieses Gelände wird nun verplant. Hier soll die Wasserstadt entstehen.

Die Wasserstadt ist ein riesiges Bauprojekt, daß das gesamte Hafenviertel nördlich wie südlich des Wassers bebauen soll. Hauptsächlich sollen dort Eigentumswohnungen entstehen, zwischen die vom Hafen aus Kanäle gezogen werden sollen, um ein Wohnen direkt am Wasser zu ermöglichen. Das eigene Boot, bzw die Yacht kann dann direkt vor der Terasse liegen. Der Lärmschutzwall der Anlage soll aus unzähligen umliegenden Büroräumen bestehen, nebenbei bemerkt: trotz des hohen Leerstands von innenstadtnahen Büroflächen in Oldenburg. Dort wird man dann ganz in Ruhe arbeiten können. Hotellerie und Gastronomie werden angesiedelt, das Bahnhofsviertel angepasst. Was bedeutet, einige Häuser, die im Weg sind werden abgerissen, neue Straßen zur besseren Begehbarkeit gebaut, die Altbauten werden restauriert.

Geprüft wurde diese Idee in der Machbarkeitsstudie, durch eben die Personen, die diese Idee aufgebracht haben. Die Planung der Finanzen übernimmt dabei die Wasserstadt GmbH Berlin, die in Berlin schon ein Wasserstadtprojekt in den Sand gesetzt und eine riesige, nur zum Drittel besiedelte Baubrache hinterlassen hat. Dadurch hat sie auch einen Gesamtverlust von einer halbe Milliarden Euro erwirtschaftet,
und sich dadurch offensichtlich qualifiziert, das oldenburger Projekt durchzurechnen. Aber, - Überraschung! Selbst dieses eigentlich risikofreudige Unternehmen hat Zweifel an der Finanzierbarkeit. Im Fazit der Machbarkeitsstudie werden diese Bedenken allerdings wieder verschleiert.

Damit nun aber wegen dieses Mamutprojektes nicht der nächste Bürgermeister abgewählt wird, wie beim ECE, denkt sich die Stadt diesmal: Super, dann halt - Bürgerbeteiligung. Das allerdings klingt auch wieder schöner als es ist. Hier werden per Zufallsgenerator sogenannt unbeteiligte Bürger ausgewählt die mitentscheiden sollen. Die Betroffenen haben hierbei keinerlei Entscheidungsbefugnis, dürfen aber auch mal was dazu sagen. Nach zwei Sitzungen wird jetzt auch schon diskutiert, ob es auch mal reicht. Wirklich neutrale Bürger können sich nicht in so kurzer Zeit eine Meinung bilden, vor allem nicht mit der ausschließlichen Vorlage eines Fazits, das nicht einmal Aufschluß über die Bedenken der Planer gibt.
Das ist keine Beteiligung, sondern Manipulation. Das ist die reinste Farce!

Dieses ganze Vorhaben wäre beinahe lustig, wenn es nicht für viele BewohnerInnen der Viertel eine so große Bedrohung Ihrer Lebensqualität und ihrer Wohnräume bedeuten würde. Im Bahnhofsviertel würden die Mieten ohne Frage so ansteigen, daß sich kaum einer der jetzigen Bewohner noch die alte Wohnung leisten können wird, selbst kleingewerbetreibende Eigentümer sind bedroht, da sie Straßenbau etc. mitfinanzieren müssten.

Und die Wagenburg? Unser Freiraum taucht nicht mehr auf. Eines der wenigen antikommerziellen kulturtreibenden selbstorganisierten Projekten soll hier wiedereinmal für ein kommerzielles Viertel weichen, in dem die Wohnhäuser anschließend zu Oldenburgs Höchstpreisen verkauft werden sollen. Wir bewohnen dieses Gelände seit zwölf Jahren, und wollen das auch weiterhin. Wir lassen uns das nicht gefallen!

Wir brauchen Freiräume!
Freiräume sind Orte an denen Platz ist für Begegnungen zwischen verschiedenen Menschen unterschiedlicher Kulturen und sozialer Schichten.
Freiräume bieten Platz für die Entwicklung neuer Ideen,
für eine andere Form des Zusammenlebens,
für selbstbestimmtes Gestalten von Subkultur,
für politischen Widerstand,
für Umorientierung,
für Kreativität,
für Antikommerz.
Freiräume sind nicht entbehrlich!
Freiräume gehören nicht an den Rand gedrängt!
Wir gehören HIER in die Stadt Oldenburg!
Wir werden uns nicht einfach wegplanen lassen!
Gemeinschaft und Solidarität sind Widerstand!
Keine Räumungen - hier oder sonstwo!
Wir lassen uns nicht vertreiben- Wagenplätze bleiben!
HIER & IMMER & ÜBERALL!!!

SUBKLUB

BISTE SUB? BISTE KLUB.

Dein Abendplan für jeden Mittwoch:

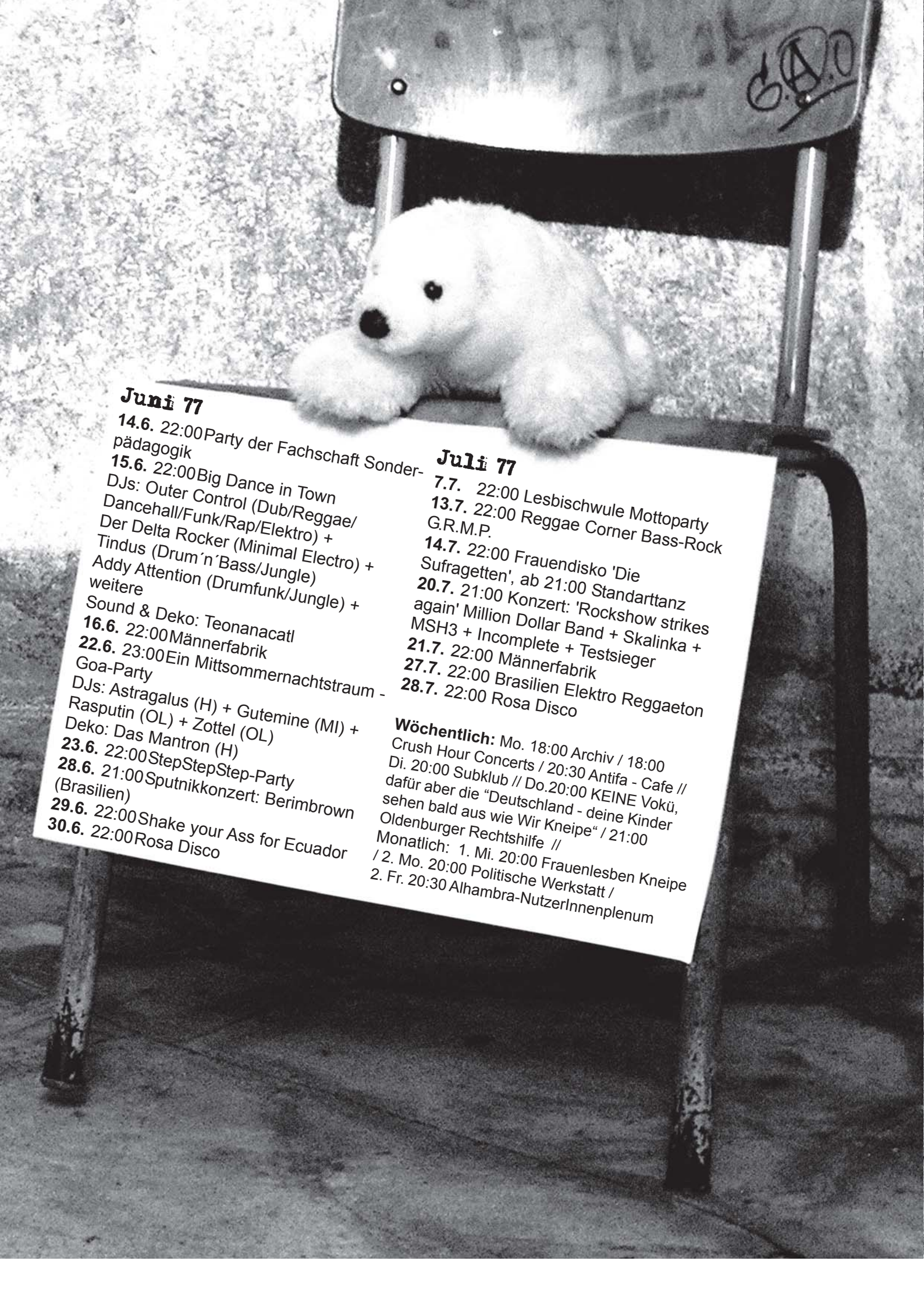
12.6. Buttons machen

19.6. Big Lebowski inner Glotze,
dazu White Russian

26.6. Live Jazz

03.7. Wallace und Grommit inner Glotze

DI 20:00 **nawowohl**



Juni 77

14.6. 22:00 Party der Fachschaft Sonderpädagogik
15.6. 22:00 Big Dance in Town
DJs: Outer Control (Dub/Reggae/Dancehall/Funk/Rap/Elektro) + Der Delta Rocker (Minimal Electro) + Tindus (Drum´n´Bass/Jungle) + Addy Attention (Drumfunk/Jungle) + weitere
Sound & Deko: Teonanacatl
16.6. 22:00 Männerfabrik
22.6. 23:00 Ein Mittsommernachtstraum - Goa-Party
DJs: Astragalus (H) + Gutemine (MI) + Rasputin (OL) + Zottel (OL)
Deko: Das Mantron (H)
23.6. 22:00 StepStepStep-Party
28.6. 21:00 Sputnikkonzert: Berimbrown (Brasilien)
29.6. 22:00 Shake your Ass for Ecuador
30.6. 22:00 Rosa Disco

Juli 77

7.7. 22:00 Lesbischwule Mottoparty
13.7. 22:00 Reggae Corner Bass-Rock G.R.M.P.
14.7. 22:00 Frauendisko 'Die Sufragetten', ab 21:00 Standarttanz
20.7. 21:00 Konzert: 'Rockshow strikes again' Million Dollar Band + Skalinka + MSH3 + Incomplete + Testsieger
21.7. 22:00 Männerfabrik
27.7. 22:00 Brasilien Elektro Reggaeton
28.7. 22:00 Rosa Disco

Wöchentlich: Mo. 18:00 Archiv / 18:00 Crush Hour Concerts / 20:30 Antifa - Cafe // Di. 20:00 Subklub // Do.20:00 KEINE Vokü, dafür aber die “Deutschland - deine Kinder sehen bald aus wie Wir Kneipe“ / 21:00 Oldenburger Rechtshilfe //
Monatlich: 1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe / 2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt / 2. Fr. 20:30 Alhambra-NutzerInnenplenum